

Postcheck-Konto:
Leipzig Nr. 34918.

Die „Sächsische Elbzeitung“
erscheint Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. Die
Ausgabe des Blattes erfolgt
tags vorher nachm. 5 Uhr.
Zugangs-Preis viertel-
jährlich 2.— Mk., 2 monatlich
1.40 Mk., 1 monatlich 70 Pfg.
durch die Post vierteljährlich
2.10 Mk. (ohne Bestellgeld).
Einzeln Nummern 12 Pfg.
Alle Postanstalten,
Postboten, sowie die
Zeitungsverleger nehmen stets
Bestellungen auf die
„Sächsische Elbzeitung“ an.

Sächsische Elbzeitung.

Amtsblatt

für das Amtsgericht, das Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie den
Stadtgemeinderat zu Hohnstein.

Fernsprecher Nr. 22.
Telegramme: Elbzeitung.

Anzeigen, bei der zweiten Ver-
breitung d. Bl. von großer
Wirkung, sind Montags,
Mittwochs und Freitags bis
spätestens vormittags 9 Uhr
anzugeben. Ortspreis für
die 5 gespalt. Kleinschriftzeile
oder deren Raum 20 Pfg.,
bei auswärtigen Anzeigen
25 Pfg. (tabellarische und
schwierige Anzeigen nach
Uebereinkunft).

„Eingesandt“ und „Reklame“
50 Pfg. die Zeile.

Bei Wiederholungen ent-
sprechender Nachlaß.

Tägliche Beilage:
„Unterhaltungsblatt.“

Tägliche Beilage:
„Unterhaltungsblatt.“

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele. — Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Zeitung für die Landgemeinden: Altenorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porschtorf, Postelwitz, Proffen,
Rathmannsdorf, Reinhardtisdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächs.-Böhm. Schweiz.

Im Falle höherer Gewalt (Krieg oder irgendwelcher sonstiger Störungen des Betriebes der Zeitung, der Verleger oder der Verleger-Einrichtungen) hat der Besteller keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigen-Annahmestellen: In Bad Schandau: Geschäftsstelle Bautenstraße 194; in Dresden und Leipzig: Haasenstein & Wogler, Invalidentank und Rudolf Mosse;
in Frankfurt a. M.: G. L. Danne & Co.

Nr. 24

Bad Schandau, Dienstag, den 25. Februar 1919

63. Jahrgang

Verordnung

zur weiteren Ausführung der Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter-
und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten,
vom 23. Dezember 1918 (RGBl. S. 1456),
vom 19. Februar 1919.

Die unter dem 31. Januar 1919 (Nr. 28 der Sächsischen Staatszeitung vom
4. Februar 1919) anderweit veröffentlichten Ausführungs-Bestimmungen werden wie folgt
abgeändert:

1. In § 5 Absatz 2 der Ausführungs-Verordnung vom 25. Januar 1918 wird ein Druckfehler dahin berichtigt, daß an Stelle der Worte „Ausschüsse mit 50 oder mehr Mitgliedern“ die Worte „Ausschüsse mit 5 oder mehr Mitgliedern“ treten.
2. In § 6 Absatz 2 der Ausführungs-Verordnung vom 25. Januar 1918 und in § 2 der Wahlordnung wird die Beschränkung der Wahlberechtigung auf deutsche Reichsangehörige oder Angehörige der deutsch-österreichischen Republik aufgehoben. Die Wahlberechtigung steht vielmehr ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit zu. Es kommen deshalb auch in § 15 der Ausführungs-Verordnung vom 25. Januar 1918 die Worte „Verlust der deutschen Reichsangehörigkeit“ in Wegfall.
3. Die §§ 7 bis 13 der Ausführungs-Verordnung vom 25. Januar 1918 haben als solche keine unmittelbare Verbindlichkeit. Den Ausschüssen wird vielmehr überlassen, ihre Geschäftsführung selbst durch Mehrheitsbeschlüsse zu regeln. Hierbei werden die vor-
bezeichneten Ausführungs-Bestimmungen wertvollen Anhalt bieten können.

Dresden, den 19. Februar 1919. 568 III J.

Arbeitsministerium.

Selbst. 1997

Impfung betr.

Die unentgeltlichen Impfungen in Schandau finden bereits nächsten
Freitag, den 28. Februar d. Js.,
nachmittags 4 Uhr, im alten Schulgebäude
statt.

Die Nachschau erfolgt Freitag, den 7. März, nachmittags 4 Uhr, daselbst.
Impfpflichtig sind alle in den Jahren 1907 und 1918 geborenen, sowie die bisher
noch nicht mit Erfolg geimpften Kinder.
Impfinterzeihenungen werden nach dem Reichsimpfgesetze mit Geld bis zu 50 Mark
oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.
Aus einem Hause, in welchem ansteckende Krankheiten, wie Scharlach, Masern,
Diphtherie, Krupp, Keuchhusten, Flecktyphus, rosenartige Entzündungen oder die natürlichen
Pocken herrschen, dürfen die Impflinge zu den öffentlichen Terminen nicht gebracht werden.
Zur Impfung müssen die Kinder rein gewaschen und mit reinen Kleidern versehen sein.
Schandau, am 24. Februar 1919. Der Stadtrat.

Lebensmittel betr.

Dienstag, den 25. Februar:

Kunsthonig — in allen bekannten Geschäften auf Lebensmittelmarke Nr. 3.
1/2 Pfund, Preis 80 Pfg. das Pfund.

Butter — bei Klemm auf Lebensmittelmarke Nr. 4 und Fettmarke O 1/8 Pfund,
Preis M. 5.60 das Pfund. Es werden zunächst beliefert Karten Nr. 1—2000,
der Rest nach Eingang neuer Sendung.

Mittwoch, den 26. Februar:

Nährmittel — nach Kundenliste — auf Abschnitt I der Nährmittelkarte entfallen auf
Karte A: 1 Pfund Orleß,
" D: 1 Pfund Haferstrohen,
" B u. C: je 1/2 Pfund Haferstrohen } Preis 62 Pfg. das Pfund.

Zur besonderen Beachtung für die Kaufleute.

Die Zeichnungsliste von Obstschalen wird nicht mehr in Umlauf gesetzt, dieselbe wird
von jetzt an an Ratsstelle ausgelegt. Jeder Händler wird ersucht, daselbst die ge-
wünschten Bestellungen einzuzeichnen. Es wird immer in der Elbzeitung das Auslegen
der Listen bekannt gegeben, und die Einzeichnung hat innerhalb der vorgeschriebenen
Zeit zu geschehen, Nachbestellungen müssen abgelehnt werden. Die Liste Nr. 40 liegt
bis Mittwoch mittag 12 Uhr an Ratsstelle aus.

Heringe — bei Fischer — vorm. von 10—12 Uhr. Auf die alte Marke Nr. 31,
welche f. Zt. mit Seefisch nicht beliefert werden konnte, wird 1 Stück abgegeben.
Preis 50 Pfg. das Stück.

Wild — Hirsch — bei Koppasch. Wildfleischkarten Nr. 2481—2740, Abschnitt I
sind an der Kette. Fleischmarken abgeben.
Schandau, am 24. Februar 1919. Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Das Einlagebuch der Stadtparkasse Schandau,
Nr. 33394,

lautend auf den Namen Emma Dreßler, Papstsdorf, ist abhanden gekommen. Der
etwaige Inhaber dieses Buches wird hierdurch aufgefordert, seine Ansprüche, bei deren
Verlust, bis zum

1. Juni 1919

bei dem unterzeichneten Stadtrate anzumelden.
Nach Ablauf dieser Frist wird gemäß § 14 unserer Sparkassenordnung verfahren
werden.
Schandau, den 21. Februar 1919. Der Stadtrat.

Volksbücherei im neueren Schulgebäude, erste Etage. Aus-
gabe jeden Freitag zwischen 4 und 5 Uhr.

Eisner und Clemenceau.

Die Augen sitzen jetzt recht locker in den Gewehren
und Revolvern. Alle Welt ruft zwar nach Frieden, und
es ist ja in den vier Jahren des großen Krieges weiß
Gott genug und übergenug Munition verschossen worden.
Aber deshalb scheinen die kleinen Privatkrige, die diesem
und jenem Volksgenossen, diesem und jenem Mensch-
heitsbeglückter am Herzen liegen, noch lange nicht aufhören
zu sollen — ein rascher Feuerstrahl wird von verblendeten
Gehirnen immer noch als kürzester Weg angesehen, um
zum Ziele zu kommen. Diesen unseligen Wahn hat jetzt
Kurt Eisner, Bayerns erster revolutionärer Minister-
präsident, mit seinem Leben bezahlen müssen, und der
Zufall will es, daß gerade der Mann, den er auf der
Gegenseite am ehesten durch ein reumütiges Eingeständnis
deutscher Kriegsschuld für einen glimpflichen Frieden zu
gewinnen hoffte, daß Clemenceau fast zu gleicher Zeit mit
ihm von einer mördertischen Kugel niedergeworfen wurde.
Sind es wirklich sinnlose Kräfte, deren Wirken am Welt-
stuhl der Zeit wir jetzt Tag für Tag schauernd mit-
erleben?

Auch in München hat der Strahl, der menschen-
vernichtende, nicht wahllos gezuckt. Daß Eisner auf ge-
fährdetem Posten stand, dessen war er sich selbst jeden
Augenblick mit voller Bestimmtheit bewußt. Ein in jedem
Sinne landfremder Mann als Vorkämpfer und Leiter des
bayerischen Volkes, dazu noch von seinen eigenen Partei-
genossen als Politiker eigentlich niemals recht voll ge-
nommen, das mochte vier, acht Wochen lang ausnahms-
weise einmal angehen; ungewöhnliche Umstände rechtfertigen
ungewöhnliche Verhältnisse. Aber von Dauer konnte eine
solche wurzellose Herrschaft unmöglich sein. Auch das
wußte Eisner natürlich genau so gut wie irgendeiner
seiner freundschaftlichen Warner. Aber die Mächte,
denen er seine Machtstellung verdankte, und denen er
wohl nach und nach Vernunft beizubringen gedachte,
waren ihm mit der Zeit doch mehr und mehr über den
Kopf gewachsen. Er wollte schießen, wurde aber schließlich
nur noch geschossen. Zuletzt hatte er sich zu dem Ent-
schlusse durchgerungen, seine Macht in die Hände der
Landesversammlung zurückzulassen, genau so wie es seine

Kollegen im Reich gefan haben und wie es die preußischen
Revolutionsminister demnächst tun werden. Aber auch
hier war es schon zu spät geworden zu Einsicht und Um-
kehr. Niemand glaubte mehr an die Ernsthaftigkeit dieser
Ankündigungen, und selbst wenn sie im Augenblick ver-
wirklicht würden, wer konnte jetzt noch dafür bürgen, daß
sich die Kräfte, die hinter Eisner standen, widerstandslos
der Entscheidung beugen würden, die der neugewählte
Landtag mit seiner bürgerlichen Mehrheit zu fällen
gedachte? So fand sich ein knabenhafter Mörder,
der mit einem wohlgezielten Schuß alle Schwierig-
keiten der Lage aus dem Wege zu räumen ver-
meinte. Er wird seinen Irrtum nicht mehr einsehen
können, denn er hat seine verbrecherische Tat sofort mit
dem Leben gebüßt. Und die Sozialdemokraten, aus deren
Reihen oft genug Männer hervorgegangen sind, die ihren
politischen Gegnern mit der Waffe in der Hand entgegen-
traten — zuletzt noch ihr vielgeliebter Genosse Dr. Friedrich
Adler, der den Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh beim
Mittagessen zusammenschob — sie werden die letzten sein,
die sich in diesem Falle mit sentimentalen Nebenarten
länger als nötig aufhalten werden. Jetzt sind sie an der
Macht, und damit haben sich natürlich die Rollen vertauscht
in dem politischen Kleinkampf des Lebens, in dem es
Martyrer gibt und immer gegeben hat — auf beiden
Seiten. Einweilen ist in München als Antwort auf die
blutigen Freitagereignisse die Diktatur des Proletariats
ausgerichtet worden. Ob damit das letzte Wort gesprochen
sein soll, kann man wohl mit Grund bezweifeln.

Inzwischen wand sich „Tiger Clemenceau“ auf seinem
Krankenlager. Die ungemein zartfühlende französische
Zensur hat seine Verletzungen zunächst als ganz unbeden-
lich hingestellt; dann aber hieß es schon, daß der den
Franzosen schier unerklärliche Mann den Friedens-
verhandlungen längere Zeit werde fernbleiben müssen; man
sprach auch davon, daß eine Kugel die Lunge getroffen
habe, daß der alte Herr, der schon 78 Jahre auf seinem
N Rücken zählt, Blut answerfe — und so weiter. Die
Augen der ganzen Entente waren deshalb in den letzten
Tagen der vergangenen Woche mit bangem Zagen nach
Paris gerichtet. Auch hier ein Mann auf der Höhe seiner
Triumphe, ein Mann, der gewissenlos über Leichen, auch

über Völkerleichen geschritten ist, nur um den Nachdruck
seines Herzens stillen zu können. Als „größten Feind der
Menschheit“ hat der Mörder ihn verfolgt und getroffen.
In dem Pariser Attentat könnte darum das gläubige
Gemüt das Walten der Vorsehung erblicken, die nicht mit
sich spaßen läßt. Die unsern Feinden zum Bewußtsein
bringen will, daß auch in ihrem Lager Schuldbeladene
vorhanden sind, nicht bloß auf der andern Seite, wo wir
stehen.

Tschechen und Wenden.

Bayern. Ein großes Licht auf die immer noch bestehende
Tschechengefahr für die Lausitz wirft eine Meldung des Prager
Tschechenblattes Pravo Lidu. Dort heißt es in einem Bericht
über eine Besprechung der Wendenforderungen im Verein Cerny
unter anderem: Es wurde eine Entschließung angenommen, in
der verlangt wird, daß die Friedenskonferenz einen selbständigen
Lausitzer Wendenstaat, die Ober- und Niederlausitz zusammenfassend,
anerkennt. Wir verlangen, daß im jetzigen Provisorium sofort
unser Militär das Land der Lausitzer Wenden besetzt, ihre Inter-
essen verteidigt und ihnen freien Verkehr mit unserer Republik
gewährleistet. Nur so wird die bisherige Unterdrückung durch die
Deutschen verhindert und ihnen der Ausbau der baldigen und
sicheren Selbständigkeit der Lausitz ermöglicht.
Die Prager „Bohemia“ vom 14. d. M. bringt folgendes
Pariser Telegramm der (dem französischen Auswärtigen Amte
nahestehenden) Agentur Radio aus Genf vom 12. d. M.: Es
wird bemerkt, daß viele Mitglieder der Friedenskonferenz in letzter
Zeit einen schrofferen Standpunkt gegenüber den tschechischen
Forderungen einnehmen. In bezug auf die Lausitzer Sorben
lehnt es die Entente strikte ab, die Selbständigkeit zu bewilligen,
namentlich stellt sich England den Forderungen der Lausitzer Sorben
sehr kühl gegenüber.

Leben und Wissen.

— Eine Volkshochschule in Danzig wird Mitte März im
Anschluß an die Technische Hochschule als Werk des in den
Revolutionstagen gebildeten Rates geistiger Arbeiter eröffnet
werden. Die Volkshochschule, die religiös und parteipolitisch
neutral ist, will durch gemeinverständliche Kurse und Vorträge
auf allen Gebieten von Kunst und Wissenschaft, Philosophie
und Religion sämtlichen Schichten der Bevölkerung die Ge-
winnung allgemeiner Bildung und die Vertiefung ihrer Welt-
und Lebensanschauung ermöglichen.

Die Verfassung des Reiches.

Entwurf für endgültig zu beratende Beschlüsse.

Nachdem der Staatenauschuss nunmehr den neuen Entwurf für die endgültige Reichsverfassung verabschiedet hat, wird die Vollziehung der Nationalversammlung am Montag, 24. Februar, die Beratung beginnen. Der Entwurf umfasst in acht Abschnitten 118 Artikel. Die Abschnitte behandeln das Reich und seine Gliedstaaten, die Grundrechte des deutschen Volkes, den Reichstag, den Reichspräsidenten und die Reichsregierung, das Finanz- und Handelswesen, das Verkehrs- und Postwesen, die Rechtspflege. Der achte Abschnitt fügt Schlussbestimmungen an, die über die Erhebung und Verwaltung der Zölle und Verbrauchssteuern, des Brauereis- und Brennereiwesens einzelner Gliedstaaten die Vorschriften der alten Reichsverfassung befestigen.

Bereinigung der Verwaltung.

Der neue Verfassungsentwurf strebt in allen seinen Teilen die mögliche Vereinheitlichung in der Hand des Reiches an. Beim Militärwesen und Verkehrs- und Postwesen vor allem ist diese Vereinheitlichung zum Grundsatz erhoben worden, jedoch mußten zugunsten der Gliedstaaten, die auf diesen Gebieten Reservatrechte haben, darauf verzichtet werden, die Durchführung des Grundgesetzes anders als nur im Wege des Vertrages, also mit Zustimmung der privilegierten Staaten, zu bewirken. Bei der Schwierigkeit der Überleitung ist eine Rechtsbestimmung, nach der die Vereinheitlichung unmittelbar mit Inkrafttreten der Reichsverfassung eintritt, nicht möglich. Ähnliches gilt vom Zoll- und Abgabewesen, wo zunächst der Grundgesetz ausgeprochen wird, daß das Reich sämtliche Einnahmequellen für seine Zwecke erschließen kann. Auch hier ist das Ziel, die Zollverwaltung zu einer Reichsverwaltung auszubauen. Sowohl beim Militärwesen wie auch beim Zoll- und Verkehrs- und Postwesen ist jedoch darauf Bedacht genommen worden, daß auch im Falle der Vereinheitlichung das Personal nach landsmannschaftlichen Gesichtspunkten zusammengesetzt wird.

Auswärtige Beziehungen.

Den größten Schritt zur Vereinheitlichung sieht Artikel 4 über die auswärtigen Beziehungen vor, in dem die einzelnen Gliedstaaten auf das aktive und passive Gesandtschaftsrecht und in der Hauptsache auch auf das internationale Vertragsrecht zugunsten des Reiches verzichten.

Umgruppierung der Kleinstaaten.

In der Frage der Gebiets-Gestaltung der Gliedstaaten hat der Entwurf gegenüber dem ersten erhebliche Änderungen erfahren. In Artikel 15 werden Grundzüge aufgestellt, nach denen eine Umgruppierung der Kleinstaaten vorgenommen werden soll. Wenn diese Grundzüge nicht im Wege gegenseitiger Verständigung durchgeführt werden können, soll die Vermittlung der Reichsregierung eintreten. Zwischen der Reichsregierung und dem Staatenauschuss ist aber über die Frage kein Einverständnis erzielt worden, was geschehen soll, wenn diese Vermittlung ohne Ergebnis bleibt. Die Reichsregierung legt Wert darauf, daß in diesem Falle ein verfassungsänderndes Reichsgesetz die Angelegenheit unter Umständen gegen den Willen der betreffenden Staaten regelt.

Der Reichsrat.

Während der erste Verfassungsentwurf ein Staatenhaus auf parlamentarischer Grundlage vorsah und einen Reichsrat nur mit beratender Stimme an den Verwaltungsbefugnissen des Reiches teilnehmen lassen wollte, ist jetzt lediglich ein Reichsrat in Aussicht genommen, der sowohl bei der Gesetzgebung als auch bei der Verwaltung mit zu beschließen hat. Im Gegensatz zum bisherigen Verfassungsrecht aber ist dieser Reichsrat nicht wie der frühere Bundesrat ein gleichberechtigter gesetzgebender Körper, sondern er nimmt nur an der Gesetzgebung teil, indem er bei der Initiative der Reichsregierung mitwirkt und ferner gegen die vom Reichstag beschlossenen Gesetze ein Einspruchsrecht hat. Im Falle eines solchen Einspruchs wird die Gesetzesvorlage an den Reichstag zur nochmaligen Beratung zurückverwiesen. Kommt auch hierbei eine Einigung nicht zustande, so hat der Reichspräsident die Möglichkeit, über die Meinungsverschiedenheit eine Volksabstimmung herbeizuführen. Er kann aber auch trotz des Einspruchs das Gesetz in der vom Reichstag beschlossenen Fassung verkünden, wenn sich für dieses Gesetz eine Zweidrittelmehrheit zusammgefunden hat. Ist eine solche Mehrheit nicht aufzukommen und der Reichspräsident nicht geneigt eine Volksabstimmung vorzunehmen zu lassen, so kommt das Gesetz infolge des Einspruchs nicht zustande.

Die Zusammenfassung des Reichsrats soll für eine Übergangszeit von drei Jahren die gleiche sein, wie sie in dem Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar 1919 vorgesehen ist.

Stimmrecht der Kleinen Staaten.

Bei der Regelung des endgültigen Stimmenverhältnisses im Reichsrat ist eine Vorsicht in Aussicht genommen. Die auf die Beseitigung der Kleinen Bundesstaaten hinwirken soll, indem bestimmt wird, daß die Kleinen Staaten kein Stimmrecht mehr haben sollen. Die Reichsregierung und der Staatenauschuss haben sich aber nicht darüber verständigen können, ob diese Vorsicht Platz greifen soll gegenüber allen Staaten, die nur eine Million Einwohner haben, oder bloß gegenüber denjenigen, die weniger als eine halbe Million Einwohner haben.

Die Meinungsverschiedenheit zwischen der Reichsregierung und den Einzelregierungen über den neuen Entwurf der Verfassung war nirgends tiefergehend Natur. Es ist in den wesentlichen Punkten, vor allem in den Grundgedanken der Vereinheitlichung, Einmütigkeit erzielt worden. Einig war man in der Erwägung, daß unserem Volke zunächst die staatsrechtliche und politische Ruhe gegeben werden muß. Namentlich die wirtschaftlichen Verhältnisse der nächsten Zukunft werden Anlaß geben, daß die Entwicklung zu dem Endziele großdeutscher Reichseinheit nicht abbricht, sondern sich weiterhin mit Notwendigkeit vollzieht.

Der Wirrwarr in München.

Auer den Verletzungen erlegen.

Der Tod Eisners war das Signal zu einem allgemeinen Durcheinander in der bayerischen Hauptstadt, und es weiß bis zur Stunde eigentlich niemand, wer regiert und wer gehorcht, was hinten und was vorne ist. Die Landesversammlung ist zerplatzt im gleichen Augenblick, wo sie zusammentrat. Es herrscht allgemeine Anarchie, und man sieht wie auf einem Vulkan, der jeden Augenblick seine verderbbringenden Glutströme ergießen kann. Alle Geschäfte sind geschlossen, jeder Verkehr stockt, dazu knallt es an allen Ecken und Enden, und die tollsten Gerüchte durchziehen die Stadt.

Einzig die Kommunisten erhoffen für sich Vorteile aus diesem Chaos zu ziehen. Sie haben einen „Eiserrat“ gebildet, die Materiepublik ausgerufen und schicken bewaffnete Banden durch die Stadt mit der Parole: Nieber mit der Bourgeoisie und den Offizieren. Also eine Art Bogrom, das den Banden als Aushängeschild für allerhand listische Taten dient. Unter diesen Umständen ist einfach

kein Mensch mehr seines Lebens sicher. Für Eisner hat diese Regierung eine dreitägige Landesträuer angeordnet. Seine Verlesung soll am Mittwoch, den 26. Februar, erfolgen.

Bestätigt hat sich die Nachricht, daß nunmehr auch der Minister Auer seinen Verlesungen erlegen ist. Der Minister Timm ist dagegen noch am Leben. Verhaftet wurden von Auer zahlreiche demokratische Abgeordnete, darunter auch der Professor Quide, wogegen in Weimar Protest eingelegt wurde. Der Kriegsminister Klotzhafter ist weder tot noch in den Händen der Spartakisten, sondern bei den regierungstreuen Truppen. Gerüchtweise verkauft, die Spartakisten hätten den Erzbischof Dr. Faulhaber verhaftet, weil er sich ihrem Tun widersetzt habe. Alle öffentlichen Gebäude müßten halbwegs eine rote Flagge hissen.

Dem spartakistischen Eiserrat gehören die bekannten Spartakisten Lewins, Sauber, Simon und Nitsch an. Er erklärt eine Proklamation an die Bevölkerung, in der er erklärt, daß das Proletariat nunmehr seine Herrschaft errichtet habe und kein Mensch es wagen dürfe, diese anzugreifen. Die „reaktionäre Meute“ habe dem Mätekongress zum Siege verholfen. Das ganze spartakistisch gefinnte Proletariat wurde mit Waffen versehen, ebenso alle die Soldaten, die sich diesem Eiserrat zur Verfügung gestellt haben. Zeitungen erscheinen nicht mehr und die Bahnhofsperre ist vollständig. Angeblich soll es gelungen sein, sieben Mitschuldige an dem Attentat auf Eisner zu verhaften. Namen werden allerdings nicht genannt. Kurz, es sieht toll aus in Jar-München. Die niedrigsten Instanzen sind geweckt und auf die Menschheit losgelassen worden. Sie haben gründlich Gelegenheit, sich auszutoben, denn niemand ist zur Stunde da, der ihnen wehren könnte. Schon richten sich die Augen auch des partikularistischsten Bayern nach Berlin und Weimar als den einzigsten Stellen, von denen noch Heil zu erwarten sei. Namentlich aus der letzten Rede Scheidemanns und seiner Abrechnung mit den Spartakisten schöpft man Hoffnung!

Spartakus verliert den Mut.

Die Bitte um Gnade!

Den Spartakisten an der Ruhr ist der Mut bis auf den Gefrierpunkt gesunken, als sie sahen, daß die Sache ernst wurde und genügend Regierungstruppen heranrückten, um mit dem Unfug aufzuräumen. Schnelligst wurden Abgesandte zum Generalkommando nach Münster gesandt, die zwar noch allerhand Forderungen aufstellten, in erster Linie aber um Gnade bitteten und das Generalkommando ersuchten, bei der Regierung für eine möglichst weitgehende Amnestie einzutreten.

Die Kapitulationsbedingungen.

Den Vertretern der NSRäte stellt das Generalkommando folgende Bedingungen zur sofortigen Erfüllung:

1. Sofortige Räumung von Voithrop durch die Truppen der Arbeiter und Befreiung Voithrops durch die Regierungstruppen.
2. Zurückzahlung der Geschütze in brauchbarem Zustand.
3. Herausgabe sämtlicher beschlagnahmten Gelder und Lebensmittel.
4. Herausgabe sämtlicher Gefangenen bis zum 22. Februar abends. Alle Gewalttätigkeiten, u. a. Sabotage sind einzustellen. Sofortige Aufhebung der Bahnkontrolle und Unterlassung jeder Einmischung in den Bahnbetrieb, Wiederherstellung der Pressefreiheit, sofortiger Abbruch des Generalstreiks. Die Abgabe aller Waffen ist sofort in die Wege zu leiten.

Diese Bedingungen wurden angenommen, wogegen sich das Generalkommando anscheinend für eine Amnestie einsetzen wird. Es bleibt abzuwarten, inwieweit Spartakus, besonders auch in Düsseldorf, diese Bedingungen erfüllt. Die Regierungstruppen stehen jedenfalls bereit, ins Industriegebiet einzumarschieren, falls die Bedingungen nicht reslos durchgeführt werden. Die Regierung ist fest entschlossen, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben, sondern unter allen Umständen im Industriegebiet auch für die Zukunft Ordnung zu schaffen.

Stachelbrautkrankheit.

Ein Wort zu den Leiden unserer Kriegsgefangenen.

Unter den unzähligen Übergriffen, zu denen unsere im Siegestaumel schweigenden Feinde ihre augenblickliche Machtstellung ausbeuten, ist der widerwärtigste die Zurückhaltung der deutschen Gefangenen, nachdem wir unsere Gefangenen notgedrungen freigegeben haben. Sie scheuen sich nicht, ihre sinnlose Wut an armen Kranken auszulassen! Denn die Mehrzahl aller Gefangenen, die längere Zeit ihr hartes Los ertragen mußten, ist seelisch erkrankt.

Die Freiheitsberaubung, die Zerstörung aller Lebensgewohnheiten, vor allem das erzwungene dauernde Zusammensein mit immer denselben Menschen erzeugen bei den Unglücklichen einen Nervenzustand, den man mit dem Namen „Stachelbrautkrankheit“ bezeichnet hat. Man kannte Ähnliches, nur in schwächerem Maße, schon früher, wenn auf Segelschiffen oder bei Polarreisen eine Anzahl Menschen längere Zeit aufeinander angewiesen war. Der Mensch verlangt einen gewissen Ausgleich zwischen Einsamkeit und Verkehr. Ein Robinson auf einer wüsten Insel würde im Laufe der Zeit unfehlbar geisteskrank werden, ebenso auch ein Mensch, der stets mit anderen zusammengepackt ist und niemals mit sich selbst allein sein kann. Dies erzwungene Zusammensein mit immer denselben Personen geht auf die Nerven, die Leute bekommen einander über, die Unterhaltungsmittel sind bald erschöpft, jeder weiß schon vorher, was der andere sagen will, unbedeutende Antipathien wachsen sich zu Haß und Haß aus. Die Kleinlichkeit der Verhältnisse, das gemeinsame Essen, Schlafen usw., die Unmöglichkeit, sich aus dem Wege zu gehen, das Bewußtsein des Gefangenseins bringt im Lager eine Stimmung hervor, die in zahlreichen Streitereien und Prügeleien hervortritt. Die Reizbarkeit der Gefangenen führt auch zu den zahlreichen Disziplinverletzungen gegenüber den Wachen, die dann militärisch schwer bestraft werden. Andere werden zum Selbstmord getrieben durch unbedeutende Dinge, über die sie sonst vielleicht gelacht hätten. Die Langeweile führt zur Entwicklung einer starken Spielleidenschaft, gelegentlich ist eine wahre Tingeltangeltimmung beobachtet worden, aber auch eine Sucht zu Klatsch stellt sich ein, zur Erfindung von Nachrichten, die der Wahrheit nicht entsprechen, zu kleinlichen und egoistischen Manövern. Viele Erzählungen von deutscher Härte und Grausamkeit, mit denen entlassene französische und englische Gefangene sich jetzt zu Märtyrern hinaufspielen, finden so ihre Erklärung. Die Leute wissen vielleicht gar nicht mehr, daß sie lügen. Sie sind eben krank, ihre Urteilskraft ist geschwächt, ihr Gedächtnis getrübt.

Man hat in der Schweiz versucht, den dort Internierten ihre Lage dadurch zu erleichtern, daß man sie zu

Wartvorstellungen, ins Theater, ins Kino führte. Die Leute waren durch die lange Abgeschlossenheit so angegriffen, daß sie nicht folgen konnten und vor der Zeit das Lokal verließen. Sie führen schließlich ein wahres Schattendasein, eine Art Traumleben, im Niedrigstlagenheit und innerer Unruhe. Ganz frei von dieser nervösen Störung bleiben wenige, die längere Zeit gefangen waren. Gute und schlechte Behandlung seitens der Wachen, reizvolle oder öde Umgebung machen fast gar keinen Unterschied; nur die Dauer des Abflusses und persönliche Anlage entscheiden, ob die Erkrankung früh oder spät, schwer oder leicht eintritt. 10 bis 20 % aller Erkrankten in den Lagern leiden schwer.

Wie sind bisher so viele Gefangene aller Nationen — rund fünf Millionen — so lange Zeit ihrer Freiheit beraubt gewesen. Ein Weichen des Erbissens ist erst allmählich nach wiederlangter Freiheit zu erwarten. Aber viele werden nie wieder ihres Lebens recht froh werden. Es ist ein schmerzlicher Gedanke, daß ganz Europa jahrelang mit einer großen Zahl von Menschen durchsteht sein wird, denen ein unglückliches Schicksal bei der Verteidigung ihres Vaterlandes die Nerven zerrüttet hat und mit denen man wird dauernd Nachsicht haben müssen.

Und es sind „Kulturnationen“, die diesen Zustand noch abfichtlich verschärfen!
Dr. K. M.

Wehrlosmachung Deutschlands.

Von den neuen Waffenstillstandsbedingungen.

Nach Meldungen aus London haben sich die Alliierten über folgende militärischen Bedingungen, die Deutschland auferlegt werden sollen, geeinigt: Übergabe von acht Schlachtkreuzern, darunter die „Dienburg“ und die „Selgoland“, von acht Kreuzern, 42 Torpedojägern und 50 Torpedobooten, die Deutschland sofort ausliefern müsse. Alle U-Boote, U-Bootboots und Reparaturwerkstätten müssen innerhalb 15 Tagen abgebrochen werden. Die Hilfskreuzer müssen abgerüstet und ihre Kriegsausrüstung zerstört werden. Diese Schiffe werden als gewöhnliche Handelsschiffe und Frachten betrachtet werden. Die Besatzungen von Selgoland müssen geschickt werden. Die Zukunft der Insel wird der Friedenskonferenz überlassen bleiben.

Bisher wurden von Deutschland bereits ausgeliefert alle schweren und alle Feldgeschütze, alle Maschinengewehre, Laufgrabenmörser und Flugzeuge. Außerdem wurden noch ausgeliefert 4065 Lokomotiven an Stelle von 5000, 126 836 Waggons an Stelle von 150 000 und 1276 Motorwagen.

Die Tschechengefahr.

Festnahme einer Patrouille auf deutschem Boden.

Die Gefahr eines bewaffneten Konfliktes mit den Tschechen an der Glazer Grenze wächst stündlich, und schon wurde eine tschechische Patrouille von drei Mann auf deutschem Boden gefangen genommen. Die Stärke des gesamten verwendungsbereiten tschechischen Heeres wird auf 150 000 Mann geschätzt, die gut ausgerüstet und mit allen Waffen versehen sind. Einige wichtige Kommandostellen sind von französischen Offizieren besetzt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Das neue Reichswehrgesetz wird der Nationalversammlung demnächst zugehen. In dem Gesetz wird dem Ministerpräsidenten die Ermächtigung erteilt, das bestehende Heer aufzulösen. Die Vorlage fordert dann die Schaffung einer Reichswehr, die einschließlich der Offiziere und Unteroffiziere etwa 250 000 Mann betragen wird. Die Befehlsgewalt soll nach dem Gesetz über die Kommando-gewalt geregelt werden. Das neu zu schaffende Heer wird durch Anwerbung Freiwilliger aufgestellt werden. Entsprechend den bisher bestehenden Bündnisverträgen werden die Bestimmungen auch Anwendung finden auf Bayern, Württemberg und Sachsen. Die jetzt bestehenden freiwilligen militärischen Einheiten sollen zusammengefaßt dem Reichswehrminister unterstellt und in das Heer aufgenommen werden. Es besteht die Absicht, nach dem Friedensschluß zu dem alten Grundsatze der allgemeinen Wehrpflicht zurückzukehren.

+ Ludendorff läßt Einspruch erheben. Von einer dem General Ludendorff nahestehenden Seite wird folgende Erklärung veröffentlicht: „Die Behauptung des Ministerpräsidenten Scheidemann, General Ludendorff habe am 1. Oktober 1918 gesagt: 'Ich komme mir vor wie ein Hazardspieler' ist irrtümlich. General Ludendorff hat in den letzten Tagen des September und am 1. Oktober wiederholt erklärt: 'Die Lage in Mazedonien hat mich gezwungen, für den Westen bestimmte Reserven auf dem Balkan einzusetzen. Für die Westfront sind nun keine Reserven mehr verfügbar. Angesichts der ersten Kämpfe käme ich mir wie ein Hazardspieler vor, wenn ich nicht auf baldige Beendigung des Krieges dränge.'“

+ Hindenburg protestiert gegen den Waffenstillstand. Wie von zuverlässiger Seite verlautet, ist seitens der Obersten Heeresleitung aus militärischen Rücksichten gegen die letzten Bedingungen des Marschalls Foch in schärfster Form bei der Reichsregierung Einspruch erhoben worden.

+ Hanau von Regierungstruppen besetzt. Infolge der blutigen Ausschreitungen ist die Stadt Hanau von Regierungstruppen besetzt worden. Bei Hausdurchsuchungen nach gestohlenen Lebensmitteln und Waffen wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Der Rote Soldatenbund wurde entzweit und sein Führer festgenommen.

+ Die Polen wissen angeblich von nichts. Wie aus einem dieser Tage durch Parlamentär überbrachten Schreiben des Stabes der polnischen Hauptfront hervorgeht, hatten die polnischen Truppen am 20. Februar noch keine Anweisung zur Einstellung der Feindseligkeiten erhalten. Während wir uns seit Bekanntgabe des Waffenstillstandes streng jeder Angriffsaktion enthalten und nur zur Abwehr von den Waffen Gebrauch machten, setzten die Polen die Feindseligkeiten auf der ganzen Front fort.

+ Die Tschechen dementieren. Nach den an amtlicher Stelle eingezogenen Erkundigungen hat die tschechoslowakische Regierung die Gerüchte über einen von ihr beabsichtigten Vormarsch in deutsches Reichsgebiet als völlig unzutreffend bezeichnet.

+ Ein Übergangsgesetz ist im Entwurf der Nationalversammlung zugegangen. Danach bleiben die bisherigen Gesetze und Verordnungen des Reiches bis auf weiteres in Kraft, soweit nicht dieses Gesetz oder das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar

1919 entgegensteht. Das gleiche gilt für die vom Räte der Volksbeauftragten oder der Reichsregierung erlassenen und verkündeten Verordnungen. Eine Verordnung ist von der Reichsregierung außer Kraft zu setzen, wenn die Nationalversammlung dieses innerhalb eines weiteren Monats befehleht.

+ Deutsche Schiffe für amerikanische Truppentransporte. Wie das amerikanische Kriegsamt bekannt gibt, wurden acht deutsche Dampfer, darunter der „Imperator“, den Vereinigten Staaten für den Truppentransport aus Frankreich überwiesen. Die Schiffe werden jetzt in Hamburg für die Beförderung von 50 000 bis 60 000 Mann monatlich hergerichtet.

+ Keine Freigabe der Kriegsgefangenen in Rußland. Gegenüber anders lautenden Zeitungsmitteilungen wird halbamtlich erklärt, daß sich in Rußland überhaupt keine 200 000 deutsche Kriegsgefangene befinden. In den russischen Gefangenenlagern befinden sich noch 16 000 Kriegsgefangene und 20 000 bis 30 000 Zivilgefangene, deren Abtransport zurzeit indessen unmöglich ist.

+ Danzig amerikanischer Kriegshafen? Amerikanischen Meldungen zufolge wünschen die Vereinigten Staaten für sich eine Flottenbasis in Danzig. Dagegen warnen die amerikanischen Blätter vor den Folgen einer eventuellen Schließung der Festungswerke am Kieler Kanal. Die Blätter fürchten, daß hierdurch ein verhängnisvoller Präzedenzfall geschaffen werde für die Befestigung am Safeneingang des Panamakanals.

+ Die Anwesenheit Eichhorns in Braunschweig, die wiederholt bestritten wurde, findet jetzt ihre Bestätigung. Der frühere Berliner Polizeipräsident, der zurzeit steckbrieflich verfolgt wird, hält sich in Braunschweig unter dem falschen Namen Kuhl auf. Er wurde aber von zwei sozialdemokratischen Abgeordneten zweifellos als Eichhorn erkannt.

+ Die russischen Randvölker und Deutschland. In einer Versammlung der nationalliberalen Partei München sprach der bekannte General Hoffmann, der Vertreter der Obersten Heeresleitung auf den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk. General Hoffmann erklärte, daß Graf Czernin auf dem Friedenskongreß in Brest-Litowsk eine jammervolle Rolle gespielt habe. Hoffmann gab der Meinung Ausdruck, daß die russischen Randvölker im Norden doch noch den Anschluß an Deutschland suchen und finden werden.

+ Wie die feindlichen Journalisten arbeiten, darüber läßt sich die Regierung näher aus. Wenn, so sagt sie, die Journalisten, die die Gastfreundschaft unseres Landes in dieser schweren Zeit genießen, ihren Aufenthalt dazu mißbrauchen, unter dem Schein authentischer Berichte Verleumdungen und Beschimpfungen gegen Deutschland in ihre Heimat zu senden, so ist das mehr als eine journalistische Unzweckmäßigkeit, es ist eine politische Feindseligkeit. Die deutsche Regierung wird sich vorbehalten müssen, besonders auffällige Brüche des Gastrechts in dieser Richtung mit den entsprechenden Maßnahmen zu beantworten.

+ Saar Kohlen für Italien. In der Waffenstillstandskommission legte der Vertreter der deutschen Regierung nachdrücklichst Verwahrung dagegen ein, daß seit Anfang Januar monatlich 250 000 Tonnen deutsche Kohlen auf französische Rechnung aus dem Saargebiet nach Italien ausgeführt werden. Er ersuchte um sofortige Einstellung dieser Kohlenlieferung.

+ Abtransport der Griechen aus Görlik. Unter Leitung von zwei amerikanischen Offizieren hat der Abtransport der Görliker Griechen begonnen. Zunächst verließen mit Sonderzug etwa 350 Offiziere des 4. griechischen Armeekorps Görlik. Ein Teil der deutschen mit griechischen Offizieren verheirateten Frauen, denen die Erlaubnis vor der griechischen Kommandantur erteilt worden war, hat sich dem Transport angeschlossen. Der Abtransport der Mannschaften wird in den nächsten Tagen stattfinden.

+ Aufhebung der Blockade in Sicht. Wie aus Paris gemeldet wird, werden die endgültigen Waffenstillstandsbedingungen Deutschland in der ersten Hälfte des März vorgelegt werden. Sie sind nach Form und Inhalt gleichbedeutend mit dem Präliminarfrieden. Wie weiter gemeldet wird, soll die Blockade für Lebensmittel und für solche Rohstoffe, die in Deutschland im Veredelungsverfahren verarbeitet werden, mit dem Tage der Unterzeichnung aufgehoben werden.

+ Französische Strafjustiz im besetzten Gebiet. Der Pariser „Temps“ meldet, daß der deutsche Großindustrielle Roehling wegen Ankaufs von „gestohlenen“ französischen und belgischen Maschinen zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist. Es ist natürlich ganz selbstverständlich, daß ein Mann wie Roehling keine Maschinen stiehlt. Offenbar handelt es sich um Maschinen, die die deutsche Heeresverwaltung seinerzeit im besetzten Gebiet beschlagnahmt und an die deutsche Industrie abgegeben hat. Die Waffenstillstandskommission wird fraglos gegen diese Art von Rechtsprechung energischer Protest erheben.

Osterreich.

+ Die Hungerknote gegen den Anschluß an Deutschland. Auf die Bitte um Lebensmittelhilfe an die Entente hat diese Osterreich folgende Bedingungen gestellt: 1. Keinerlei vollzogene Tatsache darf in der Anschlußfrage eintreten. 2. Eine Verständigung und wirtschaftliche Abkommen mit den übrigen Nationalstaaten Mitteleuropas werden verlangt. 3. Im Falle des Anschlusses müssen militärische Garantien gegeben werden, daß Osterreich nicht zur völligen Staatseinheit mit Deutschland verschmelze. Eventuell sei eine Neutralisierung durchzuführen.

Schweiz.

+ Verhaftung der Frau Radel. Die Frau des in Berlin festgenommenen Radel ist auf schweizerischem Boden verhaftet worden. Die Petersburger Bolschewisten erklären dazu, daß sie am 15. März zehn von den in Rußland gefangenen Schweizern erschießen werden, wenn Frau Radel nicht bis zu diesem Datum freigelassen werde.

Frankreich.

+ Die Aufteilung Deutschlands, nicht mehr und nicht weniger, fordert Hervé in seiner „Victoire“. Er verlangt Abtrennung von Schleswig, Oberschlesien, Posen, West- und Ostpreußen, Elsaß-Lothringen, sowie einen neutralen Rheinfluß unter Garantie der Alliierten und des Völkerbundes.

+ Das Besinden Clemenceaus ist offenbar nicht so zufriedenstellend, wie die amtlichen Berichte erklären. Die Kugel sitzt in der Lunge und konnte bis jetzt noch nicht entfernt werden. Der Attentäter Cottin verweigerte bei seiner Vernehmung jegliche Anstufung. In seiner Wohnun-

land man alles zur Flucht gerüstet und zahlreiche anarchistische Schriften.

Großbritannien.

+ Auslieferung von deutschen U-Bootkommandanten? Die Kommission für die Verantwortlichkeit für den Krieg und die Kriegführung wird wahrscheinlich die Auslieferung von etwa 20 deutschen U-Bootkommandanten wegen der von ihnen während des Krieges angeblich begangenen Grausamkeiten verlangen. Es steht bereits fest, daß sieben von ihnen des Mordes angeklagt werden.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Da man hier auch neue Spartakusputsche befürchtet, sind umfangreiche militärische Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden.

Weimar. Um Zeit zu Fraktionsbildungen zu gewinnen, hat die Nationalversammlung eine eintägige Pause in den Besprechungen eintreten lassen und nimmt in der einen Woche die Verfassungsarbeit auf.

Eisenach. Der Generalstreik der Arbeiter wurde durch den kraftvollen Gegenstreik der gesamten Bürgerchaft niedergeworfen. Die Forderungen der Bürgerchaft auf Umgestaltung des Arbeiterrats auf gesetzlicher Grundlage, die Auflösung der Wachkompagnie und der Waffenabgabe werden durchgeföhrt.

Bern. Der Schweizer Bundesrat hat den bekannten russischen Agitator Schapiro ausgewiesen. Die bei ihm vorgefundenen 60 000 Frank wurden beschlagnahmt.

Bern. „Temps“ meldet aus Straßburg, daß das Generalkommando den Gebrauch der deutschen Sprache in Telegrammen zwischen Elsaß-Lothringen und Frankreich verboten habe.

Rotterdam. Der amerikanische Staatssekretär Daniels teilt mit, daß Wilson etwa am 5. März auf dem „George Washington“ nach Frankreich zurückreisen werde.

Washington. Die „Associated Press“ meldet, daß die Armee von Costa Rica sich an der Grenze von Nicaragua konzentrierte. Die Vereinigten Staaten werden diesen Einfall in Nicaragua nicht erlauben.

Aus Stadt und Land.

Frühlingssehnen. Wie die Sachverständigen vorausgesetzt hatten, ist über Nordwesteuropa eine milde Aufströmung in andauernder Verbreitung begriffen. Besonders in einigen Teilen Deutschlands macht sich diese Strömung bemerkbar, so daß in den letzten Tagen an einigen Plätzen Temperaturen bis zu 15 Grad in der Sonne zu verzeichnen waren. Wir atmen auf. Denn wenn schließlich auch noch hier und da mit einem Rückschlag zu rechnen ist, als sicher darf gelten, daß der Winter überstanden ist, ein Winter, der mit allen Schrecknissen drohte, mit Kohlenmangel bei strenger Kälte, mit Hungersnot und schließlich mit dem Bürgerkrieg. Und nun naht der Frühling. Wieder will die Natur erwachen, wieder läßt sie uns das Schauspiel des großen Auferstehens, der Neuwendung genießen. Wer könnte sich diesem stillen Zauber dieser Vorfrühlingsstage entziehen. Denn wir nehmen sie ja zugleich als Symbol. „Und bräut der Winter noch so sehr — es muß doch Frühling werden.“ Ja, es muß Frühling werden! Diese sieghafte Gewißheit ergreift jetzt Wests von unsern Herzen. Sie bannt alle finsternen Zukunftsjorgen, sie lindert alles Leid und gibt uns Kraft zu neuer Hoffnung. Nun muß sich alles, alles wenden! Das ist das selige Frühlingswunder, das jetzt unsere Herzen erfüllt. Möge die Zukunft halten, was die lichter werdende Gegenwart dieser Tage verspricht.

— Eine recht bescheidene Zahl der Kriegsbeschädigten unserer Stadt und Umgebung war am gestrigen Sonntagmittag dem Rufe des freien wirtschaftlichen Verbandes Kriegsbeschädigter, Landesverband Sachsen, zu einer Versammlung im Hotel „Anker“ gefolgt, trotzdem es in ihrem eigenen Interesse gelegen hätte, sich mit der Organisation bekannt zu machen, die mit aller Kraft die wirtschaftlichen Sicherungsbestrebungen für unsere Kriegsbeschädigten — für die Männer, die schwere Verwundungen und gesundheitliche Schäden im Kampfe für Heimat und Verdienste ertragen haben — in die Tat umzusetzen im Begriffe ist. Herr Schmidt-Birn, begrüßte die Erschienenen und gleichzeitig Herr Oberleiter Zimmer als Vertreter der Ortsgruppe Schandau des Heimatschutzvereins. Als Referent nahm hierauf Herr Loge-Miska das Wort. Seine Ausführungen waren in der Hauptsache folgende: Mit der Länge des Krieges und der immer höher steigenden Zahl der infolge Kriegesbeschädigung Entlassenen sei der Zusammenstoß der Organisationen nötig geworden, da leider der Heimatdienst nicht in der Lage gewesen ist, alle an ihn herantrappenden Aufgaben reiflos zu erfüllen. So entstanden in allen Teilen des Reiches Vereinigungen, auch in unserem engeren Vaterlande. Im Jahre 1916 wurde in Plauen (Vogtl.) die erste Ortsgruppe des freien wirtschaftlichen Verbandes Kriegsbeschädigter gegründet, der sich bald in ganzen Lande zahlreiche andere anschlossen. Der Verband hat es sich zum Grundsatze gemacht, parteipolitisch völlig neutral zu bleiben. Heute zählt er über 50 000 Mitglieder, deren offizielles Organ „Der Kriegsbeschädigte“ in Leipzig allwöchentlich erscheint. Der Referent ging nun ausführlich auf die Forderungen der Organisation ein, die teils schon durchgeföhrt, teils erst in nächster Zeit, vom 1. April d. J. ab, zur Geltung kommen werden. Darans treten besonders hervor: Neugestaltung des Militärversorgungsgesetzes (Verdoppelung der Renten und Verwundungszulagen usw.), Abschaffung der Starkstrombehandlung der Kriegsbeschädigten, die sich als eine Tortur des Mittelalters erwiesen hat und die unter keinen Umständen weiterhin auf die ohnehin von Schmerzen genug gepeinigten Kriegsbeschädigten angewandt werden dürfte. Redner streifte dann den Reichsverband für Kriegsbeschädigte und Kriegsteilnehmer, der sich von einer einseitigen Parteipolitik leiten lasse. Er sagte u. a.: Wir sind für alle Parteien hinausgezogen und haben für alle gestimmt, fordern aber nun auch die Unterstützung aller Parteien. — Weiter bemerkte er, alle Renten und Zulagen seien nach neuem Gesetz steuerfrei. Als besonders wichtig erschienen folgende Forderungen des Verbandes, die, wie bereits betont, fast sämtlich bewilligt worden sind: Unverkürzte Rentenauszahlung auch an Beamte, Anstellung von organisierten Kriegsbeschädigten als Beiräte oder Beamte in allen Versorgungsämtern, Mitbestimmung derselben bei der Rentenfestsetzung, die bisher den Ärzten als alleiniges Recht zugehört war, Van von Kriegerheimstätten und finanzielle staatliche Unterstützung dazu, Nachzahlung aller Unterzahlungen rückwirkend bis zum 20. Oktober 1915 ohne Nachprüfung der Bedürftigkeit (jeder entlassene Kriegsbeschädigte hat noch 3 Monate nach seiner Entlassung Anspruch auf Familienunterstützung). Am Ende seiner Ausführungen betonte der Referent die dringende Notwendigkeit des Zusammenstresses aller Kriegsbeschädigten und forderte zur Gründung einer Ortsgruppe Schandau des freien wirtschaftlichen Verbandes Kriegsbeschädigter auf. Nach einer kurzen Ansprache, an der sich mehrere Kriegsbeschädigte beteiligten, wurde auf Vorschlag hin Herr Lehrer Wolpert-Schandau als vorläufiger Vorstand der hiesigen Ortsgruppe, der 16 Mitglieder beitraten, gewählt. Er nahm die Wahl, für das entgegengebrachte Vertrauen dankend, an und forderte die Anwesenden auf, in der Zwischenzeit bis zur nächsten Versammlung für den freien wirtschaftlichen Verband Kriegsbeschädigter zu werben.

— Die Elbflößfahrt ist, wie aus Prag gemeldet wird, wieder aufgenommen worden. Sie war infolge Vereisung des Stromes länger als drei Wochen unterbrochen.

— Besserung der Zugverbindung. Wie teilt an dieser Stelle vor einiger Zeit bereits mit, daß es den Bemühungen unseres Stadtrates gelungen ist, eine Besserung der Zugverbindung von und nach Dresden zu erreichen. Ab Montag, den 21. Februar ds. Jhs., wird der in Dresden Hbf. 1.55 abfahrende Personenzug 529 bis nach Schandau mit Halten auf sämtlichen Stationen durchgeführt, also ab Dresden Hbf. nachm. 1.55, an Pirna 2.39, ab Pirna 2.42, an Schandau 3.27. Vom gleichen Tage, dem 24. ds. Mts., ab verkehrt auch der Personenzug 538 wie folgt: ab Schandau nachm. 4.55, an Pirna 5.40, ab Pirna 5.46, an Dresden Hbf. 6.31. Das Einschalten dieser beiden Züge wird allseitig freudig begrüßt werden.

— Auf das morgen Dienstag in Hegenbarths Sälen stattfindende Gastspiel der Gesellschaft „Piccolini“ sei hiermit nochmals hingewiesen.

— Das Kasino junger Landwirte, Rathmannsdorf und Umgegend, veranstaltet am kommenden Mittwoch nach fünfjähriger Pause sein erstes geselliges Beisammensein in Form eines Balles, der bereits 6 Uhr, nicht, wie zuerst bekanntgegeben worden ist, 8 Uhr abends im Restaurant „Carolabrücke“ Wendischfähre beginnt.

— Die diesjährigen Schifferprüfungen sollen nur von der Prüfungskommission zu Dresden, und zwar Ende März oder Anfang April abgehalten werden. Die Anmeldung hat bei dem Straßen- und Wasserbauamt 1 zu Dresden schriftlich oder mündlich zu erfolgen.

— Notgeld der Dresdner Industriefirmen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Einlösungfrist am 28. Februar ds. Jhs. abläuft und daß bis zu diesem Tage die noch umlaufenden Noten bei sämtlichen Dresdner Banken und Bankfirmen eingelöst werden.

— Ein Landesverein der Deutschen Volkspartei für Sachsen ist in Dresden gegründet worden. Es hatten sich zahlreiche Vertrauensleute aus allen Teilen des Landes eingefunden. Der Plan fand ungeteilte, lebhafteste Zustimmung. Ein vorläufiger Vorstand, an dessen Spitze Herr Oberlandesgerichtsrat Dr. Gutmann-Blasewitz steht, wird die weiteren Vorbereitungen besorgen, den Ausbau der Organisation betreiben, die Satzung entwerfen und alles tun, was zur Förderung der Partei unerlässlich ist. In etwa zwei Monaten soll ein allgemeiner Landesvertretertag über die Satzung beraten und den endgültigen Vorstand bestimmen.

— Die Deutsche Demokratische Fraktion der sächsischen Volkskammer hat sich konstituiert und zum ersten Vorsitzenden den Minister a. D. Nischke und zum zweiten Vorsitzenden Minister a. D. Günther gewählt, zum ersten Schriftführer Abg. Schulze, zu seinem Stellvertreter Abg. Schierand, zum Geschäftsführer Abg. Prof. Koch und zum Schatzmeister Abg. Schwager.

Porsdorf. Der neugewählte Kirchschullehrer Herr R. B. Müller wurde, nachdem er bereits seit Jahresfrist als Stellvertreter hier tätig ist, in sein Amt eingewiesen.

Papstsdorf, 22. Februar. Im heutigen Vormittagsgottesdienste fand die feierliche Ordination und Amtseinführung des zum Vikar für Papstsdorf und Cunnersdorf bestimmten Herrn cand. rev. min. Köpping aus Reichenbach im Vogtland statt. Herr Superintendent Dr. Zwenkert vollzog sie unter Assistenz der beiden Herren Pfarrer Schletter aus Reinhardttsdorf und Pastor Giebner aus Schandau, nachdem er zuvor in erster, der schweren Zeit entsprechender Rede auf Grund des Jesuwortes Matth. 17, 20 den jungen Geistlichen zum Glauben an seinen Gott, seine Gemeinde und sich selbst ermahnt und der Gemeinde es mit treugemeinten, wohlwollenden Worten ans Herz gelegt hatte, ihren neuen Hirten mit Liebe aufzunehmen und sich mit ihm zahlreich zur Erbauung um Gottes Wort zu scharen. Zugleich ward auch ehrend des vor kurzem verstorbenen verdienstvollen Pfarrers Besser gedacht, der mit seltener Treue und Gewissenhaftigkeit 22 Jahre lang das Amt des Seelsorgers in der Gemeinde geföhrt hat. — Nachdem der Ordinierte das heilige Abendmahl empfangen hatte, wurde der von ihm verfaßte Lebenslauf verlesen, aus dem u. a. hervorging, daß Herr Köpping fast volle 5 Jahre Solbat war, am Feldzug teilnahm und mehrere Male verwundet wurde. Sodann entbot der Kirchenchor dem neuen Geistlichen Worte aus dem 23. Psalm als Gruß. In der darauf folgenden Antrittspredigt des Herrn Vikar über den vorgeschriebenen Sonntagstext aus Johannes 4 war als Thema gewählt worden: „Jesus speist unsere Seele mit lebendigem Wasser“. „Bebet und Segen schlossen die eindrucksvolle Feier. — Ein ähnlicher Einführungsgottesdienst fand nachmittags um 2 Uhr in Cunnersdorf statt.

Dresden. Die Kohlennot ist hier und in der Umgegend so groß geworden, daß u. a. das größte Industriewerk, die Sächsische Gußstahlfabrik in Döhlen, ihren Betrieb feiern lassen muß.

Chemnitz. Der Soldat Erich Scheide aus Plauen, der in Chemnitz und Reichenbach als „falscher Leutnant“ unter Verklebung großer Gelddiebstahl-Gastrollen gab, wurde festgenommen. Es waren ihm Gelddeträge von über 20 000 M. in die Hände gefallen. — Beim Spielen auf dem Eise der Mulde an der Reinsdorfer Straße oberhalb der Paradiesbrücke brachen vier Knaben ein, von denen sich drei retten konnten, während der vierte, Bergarbeitersohn Georg Achtmann, unterging und vor den Augen seiner Gefährten ertrank. Seine Leiche konnte erst am Sonntag geborgen werden.

Zwickau. Hier kamen wiederholt Diebstähle militärischer und anderer Kraftwagen vor. Neuerdings wurden zwei Soldaten und ein Schlossergeselle festgenommen, die einen Kraftwagen aus der Kaserne gestohlen und durch eine hiesige Firma verkauft hatten. Die Festgenommenen haben noch einen weiteren Kraftwagendiebstahl sowie den Versuch eines solchen zugegeben. In Weidau in Bayern wurde ein 19 jähriger Kraftwagenführer mit einem Kraftwagen im Werte von 16 000 M. angehalten, den er gestohlen und mit dem er das Weite gesucht hatte.

Pirna. Heute mittag sammelten sich auf der Reitbahn gegen 4000 Personen. Kühle, der bekannte Kommunist, hielt eine Ansprache, nach der sich ein Demonstrationszug durch die Straßen der Stadt bewegte. Der „Pirn. Anz.“ soll besetzt worden sein. Die akt. Offiziere sollen, wie verlautet, bis heute abend die Stadt verlassen.

Koffen. Eine Frauensperson aus hiesiger Gegend, die dieser Tage den Rössener Bahnhof passierte, suchte sich ihres mitfahrenden fünfjährigen Kindes dadurch zu entledigen, daß sie es vom Rössener Bahnhof aus mit einem Brief wegschickte und dann weiterfuhr, ohne sich um das Kind zu kümmern, das die hiesige Polizei aufnahm.

Ein Putschversuch in Mannheim.

Das Karlsruher Tageblatt meldet aus Mannheim, daß sich am Sonnabendnachmittag unter freiem Himmel eine große Anzahl von Personen zu einer Kundgebung zu Ehren Echners versammelte. Vom Balkon der Stadt-

halle aus wurden verschiedene Reden gehalten, in denen die Ausrufung der badischen Räterepublik nach bayerischem Muster verlangt wurde. Je ein Wehrheitssozialist, ein Unabhängiger und ein Kommunist erklärten ihre Einverständnis mit der Ausrufung der neuen Regierung und forderten die Menge zur Zustimmung auf. Nach dieser Kundgebung formierten sich die Teilnehmer zu einem Zug durch die Stadt. Zunächst marschierte der Zug, in dem eine große Zahl roter Fahnen mit Trauerflor getragen wurde, zum Militärgefängnis, wo nach Zertrümmerung des Eingangtores verschiedene Militärgefangene befreit wurden. Dann bewegte sich der Zug durch die untere Stadt und die Breite Straße zum Schlosse. Hier drang man in die Abteilung ein, in der die politischen Gefangenen in Untersuchungshaft saßen, die ebenfalls befreit wurden. Aus den Gerichtssälen und Zimmern wurden große Mengen Akten auf die Straße geschleudert und verbrannt. Ein Teil des Zuges zog dann weiter am Geschäftshause des Mannheimer Generalanzeigers vorbei. Es war zunächst beabsichtigt, die Zeitung zu besetzen, dann wurde

jedoch Abstand genommen, weil verschiedene Leute vom Personal sich mit den Demonstranten solidarisch erklärten. Der Zug marschierte dann weiter zum Landesgefängnis. Verschiedene Kinos und Kaffees in der Heibelberger Straße wurden geschlossen. Das Theater konnte ebenfalls nicht spielen, es soll um 5 Uhr von Spartakisten besetzt worden sein. Der gesamte Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehr mit Mannheim ist seit Sonnabend unterbrochen, da das dortige Telegraphenamt von Spartakisten besetzt ist. Diese haben den Autopark von Benz gekürrt und sich der Autos bemächtigt. Der angeordnete Belagerungszustand ist wieder aufgehoben.

Marktbericht.

Pirna, den 22. Februar 1919.
 50 Rg. Get. 10—11 M.
 50 Rg. Stroh 4—4.50 M.
 1 Bfd. Rhabarber 2 M.
 1 Bfd. Spinat 1.20 M.
 1 Bfd. Holtraut 20 Bfa.
 1 Bfd. Weißtraut 15 Bfa.
 1 Bfd. Möhren 17 Bfa.
 1 Bfd. Kohlrabi 17 Bfa.
 1 Bfd. Sellerie 65—70 Bfa.
 1 Mettlch 10—30 Bfa.
 1 Stange Meerrettich 60—150 Bfa.

Etablissement Hegenbarth, Schandau.

Dienstag, den 25. Februar, abends 8 Uhr:

Nur einmaliges Gastspiel von Willy Scholz' Salon-Orchester und beliebter Herren-Gesellschaft

Piccadilly.

Nach dem Konzert Ballmusik.

Anfang 1/8 8 Uhr.

Es laden ergebenst ein

W. Scholz.

M. Wünsche.

Deutsches Haus, Krippen.

Mittwoch, den 26. Februar 1919:



Tanzkränzchen

des Grenzschutz-Kommando Krippen.
Musik ausgeführt von Mitgliedern der Kapelle des Artillerie-Regiments Nr. 64.



Alles herzlich eingeladen.

Anfang 1/2 7 Uhr.

Schuhe.

Hauschuhe, ohne Bezugsschein, dauerhafte Verarbeitung, mit echter Leder Spitze, pro Paar 7.20 Mk. freie Zusendung. Lieferung nur gegen vorherige Einzahlung des Betrags. Bei Nichtgefallen garantieren wir bereitwillige Zurücknahme und Rückzahlung des Betrags.

Um genaue Angabe der Adresse und Schuhnummer wird gebeten. Garantie für gute Ankunft. Versand gestattet.

Schuhwaren-Fabrik Wimbach (Rheinpfalz).

Zinshaus in Pirna

mit 10 Wohnungen, großem Garten und Hof, Seiten- und Hintergebäude, schönen Lagerräumen, für gewerbliche Zwecke passend, soll alters- und krankheitshalber

billig verkauft werden.

Näheres bei A. Thomas, Pirna, Gartenstraße 13.

Befäh. Lehrling, Sohn achtb. Eltern, für Ostern von der „Sächs. Elbzeitung“ gesucht.

Buch-Romane betr.

Die Einband-Decken für „Irrige Wege“ sind eingetroffen. Sächsische Elbzeitung.

Ronditorei und Kaffee Jentsch, Ostrau

empfehlen sich zum Besuch.

Täglich fr. Gebäck, Torten u. dgl.

Gemüthlich, freundlich, Aufenthalt.

— Täglich Konzert. —

Fernsprecher 45.

Schlacken,

gut geeignet für Wegeausbesserung und Gartenwege gibt ab das Fuder zu 2.50 Mark

Gaswerk Schandau.

Der Kleinverkauf im Gaswerk findet nur in den Vormittagsstunden statt.

Kammerjäger Preiske vertilgt

unter schriftlicher Garantie: Ratten, Mäuse, Schwaben, Kuffen, Haimchen usw. Komme auch aufs Land. Aufträge erbitte bis 1. März in der Geschäftsstelle dieses Blattes niederzul.

Zigarren

aus reinem Tabak konnte ich noch größeren Posten erhalten. Ich empfehle hiervon auch höchstenweise zu äußersten Preisen.

Wenzel Haase.

Feinstes Magdeb. Sauerkraut,

Bündel 30 Bfa., empfiehlt Emil Müller.

Steinohlenteer

in großen und kleinen Posten gibt ab Gaswerk Schandau.

Der Kleinverkauf im Gaswerk findet nur in den Vormittagsstunden statt.

Tägl. 10 M. zu verdienen. Näh. 8 bis im Prosb. Joh. S. Schulz, Adressenverlag, Köln 933.

Kaffee junger Landwirte Rathmannsdorf und Umg.

Mittwoch, den 26. Februar, im Neß. Carolabrücke, Wendischfähre:

Erster Ball.

Anfang bereits 6 Uhr abends.

Waldhaus.

Jeden Tag geöffnet.

Kaffee und Gebäck in bester Qualität. Zimmer gut geheizt. Fernsprecher Nr. 254.

Zahnpraxis

K. Herbst

hat

Fernsprech-Anschluss

unter

Nummer 253

erhalten.

Wein-Essig,

Tafel-Essige,

pa. Tafel-Moltrich

in tabelloser Güte

zu ermäßigten Preisen empfiehlt

Wenzel Haase.

Ammoniakwasser,

zur jetzigen Zeit gut geeignet für Düngezwecke, gibt in großen und kleinen Posten, zum Preise von 2.— M. pro 50 Rg. ab

Gaswerk Schandau.

Der Kleinverkauf im Gaswerk findet nur in den Vormittagsstunden statt.

Kleines Pöfchen Zigarren

— 100 Stück M. 45.00 — gute Qualität, garantiert reiner Tabak.

Misch-Tabak

(gar. 60% Tabak enth., Bfd. M. 10.—)

reinen Rauch-Tabak

— Bündel M. 16.00 — Lieferung halbfrei. Nichtgefallendes nehme zurück.

Curt Bönsch, Senftenberg N. 2.

Einige Wagenladungen

Stroh

(Wagenladung 60—70 Str.) hat noch abzugeben

Wilhelm Thomas, Neustadt i. Sa.

Nähmaschinen

stehen zum Verkauf

Krippen 41 b.

Zu verkaufen:

Großer Glasschrank, sehr gut erhalten, Polstermöbel, 2 Betten m. Matratzen, Lehnstuhl, Kommoden, Bilder, versch. Tische, Waschtische u. Schränke Pappsdorf, Landhaus Zimmernheim.

Landwirtsch. Verein „Sächs. Schweiz“.

Donnerstag, den 27. Februar, nachm. 3 Uhr, in Hegenbarths Etablissement:

Vortrag des Herrn Dr. Müller

über:

Stellungnahme gegen unberechtigte Angriffe oder Eingriffe auf die Landwirtschaft.

Der Vors.

Zwiebeln

Ein größerer Posten steht zum Verkauf bei Wilhelm Kramer, Reinhardtsdorf.

Schw. Jackett, fast neu, auch für Konfirmandin geeignet, preiswert zu verkaufen. König Albertstr. 63 b III, links.

Ein noch gut erhaltener

Gehrock-Anzug

wird zu kaufen gesucht.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Sächsischen Elbzeitung.

Klempner-Lehrling

sucht

Friedrich Riebe, Schandau.

Tischler

— auf echte Möbel — gesucht.

Rich. Fleischer, Tischlermstr. Krippen.

Zwei rüstige, zuverlässige

Wassfrauen

sucht für sofort

A. Stephan, Elbhotel.

Hausmädchen

mit guten Zeugnissen sucht zum 15. März

Frau Zschaler, Postlewig.

Kapelle für Tanzmusik

vom 1. März ab gesucht.

Zu melden „Tiefer Grund“, Rathmannsdorf.

Dampfer-Fahrplan.

Ab Stadt:
 Vormittags 6.15
 " 9.25
 Nachmittags 12.25
 " 3.10
 " 4.35

Pianist

Empfehle mich als für alle vorkommenden Fälle. Erziele auch Klavier-Unterricht. M. Meißel, Rathmannsdorf Nr. 9. Döf. Fernsprechstelle im Hause.

Fleißige, saubere Frau

sucht Aufwartung für den halben Tag. Zu erfragen Krippen 15 E.

Schönes Landhaus

mit großem Garten im Elbiale gesucht.

Gest. Offerten unter „Landhaus“ an die Geschäftsst. dieser Zeitung erbeten.

Hausgrundstück

zu kaufen gesucht.

Angebote mit Preis unter „Hausgrundstück“ an die Sächs. Elbzeitung.

Bessere Wohnung

in Schandau oder Wendischfähre mit ca. 6—9 Zimmern und möglichst elektrischem Licht für sofort od. 1. April zu mieten gesucht.

Fabrikbesitzer

P. Zimmermann, Copig.

Nr. 1, 5 u. 10

Die

— in gutem Zustande —

worden zurückgekauft.

Sächsische Elbzeitung, Schandau.

Ein Schlüsselbund

auf dem Tanzstundenball gefunden worden. Abzuholen Hotel Hegenbarth.

Der Ältere und Jüngere,

welche mir Sonnabendnacht das Fischen an der Elbe gestohlen haben, sind erkannt. Sollte selbiges bis Mittwoch nicht zurück sein, werde ich Sie gerichtlich belangen.

Zunghaus.

Totentanz.

Nicht von dem Blutbad in München soll hier gesprochen werden. Sondern: Als die Waffenstillstandsbedingungen bekannt wurden, schrieb Walter Rathenau, sicher einer der besten Kenner des Wirtschaftslebens: ein solches Unglück sei in 2000 Jahren noch über kein Volk gekommen. Das furchtbare Wort ist verhallt, vergessen. Aber in ganz Deutschland wird getanzt, und an die Nationalversammlung ist bereits eine Bittschrift gelangt, die sich gegen den „Vergnügungspöbel“ wendet.

Wir kennen ähnliche Vorgänge aus der Weltgeschichte. Als die Pest über Europa daherrauschte, als der „schwarze Tod“ die Menschen überall dahintrastete, wurden in dem Lande der Renaissance, in Italien, an den Stätten der Kunst und des Luxus Feste über Feste gefeiert, Dergien über Dergien. „Lasset uns essen und trinken, denn morgen sind wir tot.“ In Deutschland liegen die Dinge nicht so. Das deutsche Volk dreht ahnungslos in dem Totentanz seinen Reigen. Die Jugend (und die Leberegriebe kann man wohl hinzufügen) hat jahrelang den Freudenbecher entbehren müssen, nun greift sie wie ein Verdurstender danach, — was runderum vorgeht, danach fragt sie nicht und das erfährt sie nicht. Noch leben wir ja, noch gibt es Geld wie Heu.

Natürlich merken wir einige Mängel, manche ganz empfindlich. Die Kohlenknappheit greift überall erbarmungslos bis in den Privathaushalt hinein, die Preise steigen, der Verkehr ist fast brachgelegt. Man sucht die Ursachen: daran seien die Streiker schuld, aber das werde einmal aufhören. Gewiss, die Arbeitseinstellungen haben uns in dieser Zeit der Not, wo nur Arbeit wieder Werte schaffen kann, noch weiter zurückgebracht. Aber es gibt Kohlen mehr als genug, es liegen Hunderttausende von Tonnen in Rheinland-Westfalen verstaubt da, nur können sie nicht verhandelt werden, weil es an den Wagen und Lokomotiven fehlt, die — die Entente uns abgezwungen hat. Binnen wenigen Wochen wird es nicht nur an Betriebsstoffen, sondern auch an Rohstoffen zur Verarbeitung fehlen. Ein Hochofen nach dem andern wird in Industriegebiete schon ausgeblasen, alle Werkstätten stehen still, die Drehbänke sind halb auch ohne Material. So kommt der Stillstand, so kriecht die Erstarrung und Vereisung der Arbeit heran! Noch tanzen wir. Nicht nur nach der Fiedel im Wirtschaftshaus, sondern auch nach dem Rhythmus des Maschinengewehrs in inneren Kämpfen. Wir tanzen mit dem Tode.

In Weimar geht der Tanz um die Partei. Sieger und Besiegte, Mehrheit und Minderheit unterhalten sich über die Ergebnisse des 19. Januar, über volksfreundliche und volksfeindliche Programme, über die Schuld an dem Krieg und am Verlust des Krieges. Noch weiß niemand, ob wir Nahrung für die Monate Juni, Juli, August aus dem Auslande in genügender Menge bekommen werden. Wir hätten sie gehabt, sogar ohne das Ausland zu brauchen; es sind Millionen von Tonnen unserer Lebensmittel dem Feinde in die Hände gefallen oder verdorben auf den unzähligen Rückzugsstrassen unseres nach dem 9. November außer Rand und Band geratenen Heeres.

Das sind Tatsachen, die kein Mensch bestreitet, ganz gleich, welcher Partei er angehört. „Nur nicht daran denken!“ ist aber die Parole. Man tanzt, man prahlt, man schmeilt, man vergnügt sich, und man erwartet, das irgendwie schon aus Amerika das Nötige beschafft werde, dafür habe man ja die Regierung, damit sie dafür Sorge. Nur muß die Regierung die Lebensmittel mit Gold bezahlen, für das wir Arbeitsmaterial kaufen mühten; und Schiffe dafür hergeben, die uns durch das Weltfrachtgeschäft neuen Aufschwung ermöglichen könnten. Wo man sich hinwendet, überall die Bange. Dazu die Aussicht auf riesige Einkommensteuer bei verminderten Einnahmen und steigenden Preisen. Und schon hört man überall den Gedanken an Auswanderung offen aussprechen.

Tanzen, tanzen! Einst wird es erschütternde Gemälde davon geben, wenn ein neuer Holbein ersticht. Wann zerfällt dieses nichtige Treiben vor dem eisernen Gebot: Arbeiten! Denn arbeiten müssen wir, damit dereinst unsere Einzel unserer nicht fluchen.

Die Münchener Vorgänge in der N. B.

(18. Sitzung.) OB. Weimar, 21. Februar.

Die heutige Sitzung der Nationalversammlung stand völlig unter dem Eindruck der Mordtaten in München, die auf allen Bänken eine ungeheure Erregung hervorgerufen hatten. Vor Eintritt in die Tagesordnung kam es zu einer besonders darauf bezüglichen Kundgebung.

Eine Rundgebung Scheidemanns. Ministerpräsident Scheidemann ergreift als erster das Wort, um dem tiefsten Schmerz der Reichsregierung und der Erregung über die Vorgänge in München Ausdruck zu verleihen. Er fand Worte sympathischen Gedankens und Worte der Trauer für seinen früheren Freund und späteren politischen Gegner Eisner. Ganz besonders verurteilte Scheidemann dann noch das Attentat als politisches Kampfmittel.

Auch Präsident Fehrenbach gab seiner Trauer und Enttäuschung Ausdruck. Er hoffte auch, daß sich die Nachricht vom Tode Auer, der ja auch Mitglied der N. B. sei, nicht bewahrheiten werde. Es wurde dann der

Arbeitsplan für die nächsten Tage vorgelegt. Danach sollen in der nächsten Sitzung kleinere Gesetze erledigt werden. Am Montag wird Reichsminister Brentz die neue Verfassungsvorlage einbringen, die dann im Laufe der nächsten Woche erledigt werden soll. Darauf wurde das Diätengesetz in allen drei Lesungen verabschiedet.

Antrag auf ein Vertrauensvotum. Von den Arbeitsparteiern wird dann ein Vertrauensvotum für die Regierung eingebracht, das folgenden Wortlaut hat:

Die N. B. billigt das Arbeitsprogramm der Regierung und spricht ihr ihr Vertrauen aus.

Bereinigung mit Österreich. Ferner ist von allen Parteien, ausgenommen die Unabhängigen, ein Antrag eingebracht worden, in dem die Zusammengehörigkeit mit Deutsch-Österreich feierlich ausgesprochen wird.

Die gleichen Parteien haben auch einen Antrag eingebracht, in dem sie gegen die Hungerblockade protestieren, von Wilson die Durchführung seiner 14 Punkte fordern und Einbruch erheben gegen die drückenden Waffenstillstandsbedingungen, gegen die beabsichtigte Vorenthaltung des Saargebietes und endlich gegen die polnische Demarkationslinie.

Das Blutbad in München.

Ein Tag des Schreckens.

Ministerpräsident Eisner erschossen — Mörderische Szenen im Landtag — Minister des Innern tödlich verletzt — Abg. Desel tot — Justizminister Timm, Ministerialrat Gareis und der Vertreter des Kriegsministeriums schwer verwundet.

(Ueber die Mordtat an Ministerpräsident Eisner berichteten wir bereits kurz in letzter Nummer und lassen heute einen ausführlicheren Artikel über die Vorgänge folgen. D. Red.)

Die seit Tagen herrschende außerordentliche Spannung im innerpolitischen Leben Bayerns hat zu einer Katastrophe geführt, deren Tragweite sich noch gar nicht absehen läßt. Für heute war die bayerische National-



Kurt Eisner.

versammlung zusammenberufen, die eine bürgerliche Mehrheit aufweist und die deshalb dem stärksten Widerspruch der Unabhängigen Sozialdemokraten und der Kommunisten begegnete. Offen hatten diese Kreise den Grundsatz proklamiert, die Nationalversammlung auseinanderzulassen und an ihre Stelle ein Räteystem der Arbeiter und Soldaten setzen zu wollen. An der Spitze dieser Widersacher der Nationalversammlung stand unbekannt der seit den Ereignissen des 9. November als bayerischer Ministerpräsident fungierende Schriftsteller Kurt Eisner. Er fiel als erstes Opfer bei der heutigen Entladung der verderbenschwangeren Atmosphäre.

Ministerpräsident Eisner wollte sich von seiner Wohnung am Promenadenplatz nach dem Landtagsgebäude in der Braunerstraße begeben. Er legte den kurzen Weg zu Fuß zurück. Kurz vor dem Landtagsgebäude trat ein junger Mann auf ihn zu und gab mehrere Schüsse auf ihn ab, von denen zwei den Kopf Eisners trafen. Eisner war sofort tot. Dies war um 10 1/2 Uhr. Der Täter war ein junger Mann, Leutnant Graf Arco-Valley. Ein Posten gab einen Schuß auf ihn ab und verletzte ihn derartig, daß er im Sterben liegt.

Die Leiche Eisners wurde in die Portiersloge des Ministeriums des Innern gebracht, wo alsbald Vertreter der Behörden erschienen, um den Leichensand aufzunehmen. In den Straßen herrschte alsbald nach dem Bekanntwerden des Ereignisses große Erregung. Der mittlerweile zusammengetretene Landtag verlagerte sich unter dem Eindruck des Ereignisses auf eine halbe Stunde. Dann versammelten sich die Abgeordneten wieder, wurden aber in kurzer Zeit Zeugen und Mitteilende von Vorkommnissen, wie sie ein deutsches Parlament wohl noch nicht gesehen hat.

Angelündigter Rücktritt des Ministeriums.

Minister des Innern Auer, Mehrheitssozialist und Widerpart Eisners bei dessen radikalen Plänen, gab eine gestern beschlossene Erklärung des Ministeriums ab, die Eisner selbst hatte verlesen wollen. Die Erklärung ging dahin, daß das Gesamtministerium von seinen Ämtern zurücktrete und diese dem Landtage zur Verfügung stelle. Ferner sei das Gesamtministerium bereit, die Geschäfte weiterzuführen, bis eine neue Regierung gebildet sei. Auer erklärte weiter, daß der Mord an dem Ministerpräsidenten den beabsichtigten Rücktritt des Gesamtministeriums vorläufig unmöglich gemacht habe, da niemand wissen könnte, was die nächsten Stunden bringen würden.

Als Auer daran anschließend seinen Absichten über die Ermordung des Ministerpräsidenten ausdrückte, fielen plötzlich Schüsse aus der Richtung der durch einen Plüschvorhang verhängten linken Eingangsreihe zum Sitzungssaal. Darauf stürzte ein Mann im Militärmantel und Zylinder in den Sitzungssaal und feuerte mehrere Revolvergeschosse in der Richtung auf Auer ab. Auch von den Tribünen fielen Schüsse. Der Abgeordnete bemächtigte sich eine große Panik. Sie flüchteten durch alle Ausgänge aus dem Sitzungssaal. Auer sank in die linke Brüstung getroffen schwer verletzt zusammen. Von einem der Schüsse wurde der Abgeordnete Desel von der bayerischen Volkspartei getroffen. Er ist tot. Zwei Ministerialbeamte erlitten schwere Schußverletzungen, ebenso der Justizminister Timm.

Die Minister Hoffmann und Frauendorffer sowie inzwischen in den Saal zurückgekehrte Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion leisteten den Schwerverletzten die erste Hilfe. Auer wurde sofort in ein Lazarett gebracht, wo er von einem Militärarzt untersucht und operiert wurde. Sein Zustand ist lebensgefährlich. Das Landtagsgebäude ist von Soldaten besetzt und abgesperrt.

Eisners letzte Pläne. Im Münchener Rätekongreß hatte Eisner noch gestern eine große Rede gehalten, in der er den Militarismus angriff und sich scharf gegen die Nationalversammlung in Weimar wandte. Dort mache man Kompromißpolitik,



Erhard Auer.

das dürfe Bayern nicht mitmachen. Hier habe man nur zwei Aufgaben: Kampf gegen das Zentrum, das niemals im Ministerium mit Sozialdemokraten zusammenfitzen dürfe und Sozialisierung und Vernichtung des Kapitalismus. Dies sei nicht möglich im Verein mit den Liberalen, also sei der gewählte Landtag aufs schärfste zu bekämpfen, alle Sozialisten ohne Unterschied mühten mit dem Regieren aufhören und in die schärfste Opposition gehen. Das sei die einzige Möglichkeit in Deutschland Demokratie und Sozialismus zu erleben. — Im Gegenfakt zu diesem Programm Eisners, das übrigens in gleicher Richtung wie alle seine bisherigen Taten als Regierungsleiter in München lief und ihn an die Seite der unabhängig-spartakistischen Radikalen stellte, betonte der anscheinend aus Mache von einem Anhänger dieser Richtung angesehene Minister des Innern Auer die Notwendigkeit, im Verein mit der bürgerlichen Mehrheit den Neuaufbau Deutschlands durchzuführen. Gleicher Ansicht war Kriegsminister Rohhaupter, der von Spartakisten heute in Haft genommen ist.

Die Neben Eisners auf der internationalen Konferenz in Bern riefen kürzlich außergewöhnliches Aufsehen hervor. Die München-Münchener Abendzeitung bringt gerade heute unter der Überschrift „Die Wahrheit“ über Eisners Auftreten in Bern Mitteilungen eines Augen- und Ohrenzeugen, wonach Eisner noch schlimmere Bemerkungen gemacht haben soll, als bisher berichtet wurde. Das Berner „Tagblatt“ habe das so geschrieben: Wenn etwas den Glauben an eine gute Zukunft Deutschlands rauben könne, so seien das die Neben Eisners, der als Unheilstifter von der ganzen Welt verurteilt und über die Achsel angeleiert werden müsse.

Kurt Eisner war geboren am 14. Mai 1867 in Berlin, also ungefähr 52 Jahre alt. Er studierte Philosophie und Germanistik, betätigte sich dann als Schriftsteller, schrieb ein vielgelesenes Buch über und gegen Nietzsche, wurde politisch freisinnig, Redakteur bei der Frankfurter Zeitung, dann in Marburg und schließlich beim Vorwärts in Berlin. 1903 wurde er aus dem Vorwärts wegen seines Abtritts bei der bekannten Walfahrtrevolution mit den übrigen Republikanern entfernt, ging nach Bayern als Redakteur der Tagespost und ließ sich naturalisieren. Im Kriege unterlagen seine Anschauungen starkem Wechsel. Anfangs trat er lebhaft für die Ansicht ein, daß Deutschland von Ausland überfallen wäre. Später ging er zu den „Unabhängigen“, beteiligte sich im Januar 1918 an den Münchener Streikunruhen, erhielt acht Monate Gefängnis, wurde im September 1918 entlassen und gefangte durch die Revolution vom 9. November an die Spitze der bayerischen Regierung.

Das Attentat auf Eisner.

Der Ministerpräsident wurde durch den ersten auf ihn abgegebenen Schuß getötet. Er war begleitet von drei Matrosen als Schutzwache, die sich sofort auf den Mörder stürzten und ihn niederschossen. Zwei der Matrosen liefen dann ins Landtagsgebäude und riefen von der Galerie herab ins Haus: „Eisner ist soeben erschossen worden“, worauf kirmische Erregung ausbrach. Fast unmittelbar daran schlossen sich die Schreckensszenen.

Der Attentäter Graf Arco-Valley hat zahlreiche Verwandte in München, jedoch ist es der Kriminalpolizei noch nicht gelungen, genaues über ihn festzustellen. Einer seiner Verwandten ist der frühere erbliche Reichsrat und Kammerer Graf Karl von und zu Arco-Valley, mit dem der Mörder anscheinend aber keine Beziehungen unterhält. Er war ungefähr 22 Jahre alt.

Anarchie in München.

München, 21. Febr., mittags 12 Uhr. Die Situation ist so ernst, daß der Bauernführer Gandorfer, ein höchst verdienter Mann von freibeitlicher, revolutionärer Gesinnung, sofort alle Schritte getan hat, um, wie er mitteilte, die weitere Tagung des Landtags zu verhindern und den Rätekongreß einzuberufen. Denn der Landtag wäre auch nicht eine einzige Stunde, heute, morgen oder übermorgen vor einem Sturm sicher. Die Münchener NSRäte sind jetzt mittags zusammengetreten.

München, 21. Febr., mittags 1 Uhr. Spartakisten und Unabhängige rufen zum Generalstreik und zum bewaffneten Eingreifen auf. Die Anhänger Eisners fordern Demonstrationen als Protest gegen die Ermordung Eisners, die Anhänger Auers als Protest gegen den Mordverzicht gegen Auer. Für heute nachmittags 2 Uhr sind die Arbeiter und Soldaten zu einer bewaffneten Demonstration aufgeboten, die sich gegen die Presse, den Kapitalismus, Studenten, Offiziere und den Abel richten soll. Gleichzeitig wurde der Generalstreik verkündet, so daß heute nachmittags in München sämtliche Betriebe, auch die Zeitungen, stillstehen. Man erwartet blutige Ereignisse, da die Kommandantur erklärt hat, sie könne keinen Schutz übernehmen und werde sich den Demonstranten nicht entgegenstellen.

Bewilligung des 25 Milliarden-Kredits

Die erste Dauer Sitzung in Weimar.

Die 12. Sitzung der Nationalversammlung war bisher die längste. Aber nicht nur deshalb ist sie bedeutungsvoll, sondern weil die sogenannte zweite Rednergarnitur zum Wort kam und — wie nie im alten Reichstage — ein volles Haus und die Aufmerksamkeit dieses Hauses fand. Freilich, von dem „Geist von Weimar“, der Anfangs so häufig und von allen Seiten sirtet worden ist, lassen die Sitzungen kaum noch etwas erkennen. Die erste Begeisterung ist verpufft. Der graue Mittag ist in seine Rechte getreten und „politisch Lied“ bleibt nun einmal ein garstig Lied, mag letzten Endes der Lautenschläger auf der rechten oder linken Seite des Hauses oder gar auf den Ministerbänken sitzen, die längst nicht mehr im Schmuck von Flieder und Matenblumen prangen. In Abgeordnetenkreisen spricht man von diesen Sitzungen als von „Tagen der Abrechnung“, und je nachdem man Leute von der Linken oder Rechten hört, hat diese große langst-ersehnte Abrechnung ein vernichtendes Ergebnis für — die andern.

Im Mittelpunkt der schier endlosen Sitzung standen die Ausführungen des Abgeordneten D. Traub von der Deutschnationalen Volkspartei. Es war das erstmal, daß in der Nationalversammlung ein Redner die Zusammenhänge unserer Außenpolitik eingehender beleuchtete. Er wies auf das Vordringen der Südslawen hin, schilderte die Gefahr für Mitteleuropa, wenn Österreich-Ungarn erst

endgültig von der Bildfläche verschwunden ist, und wandte sich besonders gegen die Ausschaltung der Neutralen bei den Pariser Besprechungen. Auch dem Waffenstillstand widmete der Redner eine eingehende Betrachtung und bezeichnete es als gefährlich, daß wir beim Abschluß der Verhandlungen bis an die Grenze der Würdelosigkeit gegangen sind. Den Schluß bildete eine scharfe Kritik der innerpolitischen Zustände, die der Abgeordnete als den besten Schrittmacher der Monarchie bezeichnete. Meine Partei, meint der Redner, werde keine Gegenrevolution machen, aber sie sehe in dem 9. November einen Tag der nationalen Schmach.

Drei Reichsminister traten dem Abg. D. Traub entgegen. Reichsminister Schiffer hat, den vollen Kredit von 25 Milliarden zu bewilligen und nicht die Angelegenheit, wie Abg. Traub ersucht hatte, einem Ausschuß zu überweisen. Reichsminister Erzberger betonte, daß wir auf den Standpunkt der 14 Punkte Wilsons mit allen darauffolgenden Erklärungen beharren und daß diese nirgends überschritten worden seien. Reichsminister Gothein endlich hob hervor, daß es der Regierung nicht leicht geworden sei, den Waffenstillstand zu unterzeichnen, daß aber die erdrückende Mehrheit der Nationalversammlung hinter der Regierung stehe.

Der Gegensatz zwischen der alten und neuen Zeit war so recht eigentlich der Streitpunkt dieser Sitzung. Der Abg. Dr. Kahl (D. Vp.) hielt der Vergangenheit eine fast zweifelhafte Lobrede, die natürlich sich scharf mit den Ereignissen seit dem 9. November auseinandersetzte. Im Verlaufe seiner Rede behandelte er auch die Frage der Reform der Rechtspflege und besonders die angeblichen Pläne hinsichtlich der Wahl der Richter durch das Volk. Auf die Rede Kahl's antwortete Reichsminister Landsberg und betonte nachdrücklich, daß er unter keinen Umständen die Unverletzlichkeit und Unabsetzbarkeit der Richter antasten lassen werde. Und im weiteren Verlaufe stellte er die Revolution als notwendig dar, weil die frühere Monarchie niemals mit freiheitlichen Einrichtungen versehen worden wäre. Antes Bravo erhält von der Rechten, als der Minister in diesem Zusammenhang erklärte, er zweifle nicht, daß die Absichten des Kaisers gute und reine gewesen seien.

Frau Biez (U. Soz.), die fast zwei Stunden sprach, kam zum Schluß ihrer Anklage gegen die Regierung zu der Ausrufung, die Regierung Ebert's Scheidemann sei gebrandmarkt durch das Krainszeichen des Brudermordes. Ein Ordnungsruf! Lärm bei den Unabhängigen, der sich noch steigert, als Reichswehrminister Koste gegen die Angriffe der Frau Biez über die Entsendung von Truppen nach Gotha Stellung nimmt. Aber der Höhepunkt eines Wirrwarrs und Tumultes, wie er in deutschen Parlamenten noch nicht erlebt ward, sollte noch kommen, als angeblich im Auftrage der Koburg-gothaischen Regierung Dr. Löwenhard den Wehrminister der Bänge zieh. Im allgemeinen Tumult ward festgestellt, daß der Freistaat Koburg-Gotha, da beide Teile sich getrennt haben, überhaupt nicht mehr besteht. Dr. Löwenhard muß das Haus verlassen. Ungeheurer Lärm bei den Unabhängigen. Endlich nach langen fruchtlosen Versuchen kann sich der Präsident Gehör verschaffen und um 10 Uhr die Sitzung schließen, nachdem der 25-Milliarden-Kredit gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Unabhängigen Sozialisten angenommen war.

Die große politische Aussprache wird mit aller Gründlichkeit fortgesetzt. Ein genauer Arbeitsplan kann noch nicht festgelegt werden, weil man nicht weiß, wie lange die Aussprache dauert. Man hält daran fest, daß die notwendig werdenden Kommissionsberatungen in Berlin stattfinden sollen. Jedoch ist ein endgültiger Beschluß noch nicht gefaßt. In der nächsten Woche wird übrigens die Frage der Aufnahme deutsch-österreichischer Mitglieder in die Nationalversammlung verhandelt werden. Das alles erzählte man sich in vorgerückter Nachtstunde in den Wandelgängen. Und der heiße Tag fand einen veröhnlichen Abschluß, als bekannt wurde, daß Graf Lettow-Vorbeck, der heldenmütige Verteidiger von Deutsch-Ostafrika, demnächst in Weimar eintreffen wird, nachdem er in Berlin gebührend empfangen worden ist.

Rosfleisch.

Blauderei von Hermann L. Ludwig.

„Wenn Sie wieder zu Kräften kommen wollen,“ meinte der Arzt, nachdem er die sehr bedeutende Abnahme meines Körpergewichts festgestellt hatte, „dann müssen Sie sich tüchtig pflegen, vor allen Dingen Fleisch essen.“

„Fleisch, Herr Doktor, Sie wissen wohl, woher soll ich das nehmen?“

„Essen Sie Pferdefleisch, denn anderes bekommen Sie nicht, oder doch nur zu unerschwinglichen Preisen; es tut dem Körper dieselben Dienste und schmeckt auch, richtig zubereitet, ebenso gut.“ Auf meine zweifelnde Miene sagte er dann noch: „Wenn Sie sich dazu nicht entschließen können, kann ich Ihnen nicht helfen.“

Die Worte des Arztes regten mich zu ernsthaften Nachdenken an, ich sagte mir, das Vorurteil gegen Rosfleisch ist doch ganz grundlos und eigentlich lächerlich. Unsere Feldgrauen haben viele Tausende von Pferden im Felde verzehrt und unzählige Leute essen heute das Fleisch und es bekommt ihnen nicht nur gut, sondern sie rühmen es sogar. Woher ist denn nun eigentlich das merkwürdige Vorurteil gegen den Genuß des Rosfleisches entstanden? Bei unseren Vorfahren, den alten Germanen, stand das Pferd auch als Fleischlieferant in hoher Gunst. Bei ihren großen Festlichkeiten wurden fast immer in den heiligen Hainen Pferde geopfert und verzehrt, der Rosbraten wurde sogar als etwas besonders Gutes hoch gepriesen. Cäsar berichtet uns, daß bei den Germanen Fleisch und Milch des Pferdes allgemein genossen wurden. Da nun aber das Pferd das heiligste Opfertier der Germanen war und vielerlei heidnische Rulte mit ihm verknüpft waren, so trat eine vollständige Wandlung ein, als das Christentum in Deutschland einzog. Um die heidnischen Rulte und Gebräuche zu unterdrücken, wurden alle Tiere, die mit ihm zusammenhängen, auf die schwarze Liste gesetzt. Besonders heilig eiferte man gegen das Essen des Pferdefleisches, weil sie darin immer noch einen Rückfall in heidnische Gebräuche witterten. Das Fleisch dieses reinlichsten aller Tiere wurde als unrein bezeichnet, und tatsächlich wurde das Ziel erreicht, das Rosfleisch wurde dem Volke fremd. Und dies vom Alter geheiligte Vorurteil wirkte so stark, daß schließlich in den

meisten Ländern der Genuß des Rosfleisches verboten wurde und dieses Verbot Jahrhunderte lang bis in die neue Zeit aufrechterhalten wurde. Es ist Tatsache, daß der Genuß von Pferdefleisch gesetzlich erst gestattet ist in Dänemark seit 1807, in Frankreich seit 1811, in Süddeutschland seit 1841, in Norddeutschland seit 1848 und in Schweden und Norwegen sogar erst seit 1856. Es sind also erst 60 bis 70 Jahre her, seit in allen Ländern von der hohen Obrigkeit das Vorurteil als Unsinn erkannt und aufgehoben wurde.

Und wir sollen heute noch in diesem Vorurteil befangen sein? Das wollte ich mir nicht nachsagen lassen, und so wurde dann das erste Pferdefleisch geholt. Es wurde durch die Fleischschneidemaschine getrieben und kam dann in gebratenem Zustande als falscher Hase auf den Tisch, und siehe da, es schmeckte ganz vorzüglich und war von einem falschen Hasen aus Rindfleisch nicht zu unterscheiden. Das nächste Mal erschien es als Sauerbraten, der mehrere Tage in Essig gelegen hatte und schön gewürzt war, und auch da hieß das allgemeine Urteil der Tischgenossen: „vorzüglich“. Jetzt ist die Abneigung gegen das Rosfleisch vollständig verschwunden, denn es bekommt und schmeckt in der Tat gut und ich hoffe, daß ich nun nach Ansicht des Arztes wieder zu Kräften kommen werde. Ich wundere mich auch jetzt nicht mehr, wenn ich vor den Rosfleischereien in Berlin viele Hunderte von Menschen ansehe, die stundenlang geduldig warten, bis sie ihr ersehntes Stück Fleisch bekommen. Die Kriegsgewinnler und sonstigen Millionäre können ja noch das alte Vorurteil beibehalten und hinterher für Wuchergeld anderes Fleisch kaufen, aber wenn sie 30 Mark und mehr für ein Pfund Gänsefleisch bezahlen, bekommen sie sehr oft Pferdefleisch, dessen Geschmack dem des Schmalzes sehr ähnlich sein soll und das daher vielfach zur Fälschung des Gänsefleichschmalzes benutzt wird.

Bermischtes.

Die Bartflechte als Kriegseuche. Im Krieg 1914/18 ist das deutsche Heer und Volk im großen und ganzen von einer ernsthaften Kriegseuche glücklicherweise verschont geblieben. Im Verlauf der letzten Kriegsjahre ist aber in steigendem Maße das Auftreten einer Krankheit beobachtet worden, die früher verhältnismäßig selten war: die Bartflechte. Ihr epidemisches Auftreten ist entschieden als eine Folge des Krieges aufzufassen. Ihren Ausgangspunkt hat die jetzt in Deutschland verbreitete Seuche von der Westfront genommen. In Frankreich, Belgien und England war schon im Frieden die Bartflechte keine seltene Krankheit. Dagegen sind in Deutschland früher nur verhältnismäßig wenige Fälle zur Beobachtung gelangt. Im Jahre 1916 wurde das Auftreten der Bartflechte aus dem Rheinland gemeldet, und 1917 war sie bereits weit in Deutschland verbreitet, so daß die Erkrankungsziiffer in einer größeren Berliner Kassenpraxis 28,8 % aller überhaupt behandelten Hautkrankheiten betrug. Seitdem hat sie noch beträchtlich weiter zugenommen. Die Ursache der Bartflechte besteht in der Ansiedlung kleiner Fadenpilze.

Ein Kuriosum. Das Heidelberger Referenzlazarett „Mönchhofschule“ führt in seinen Listen einen Sanitäts-Unteroffizier Kaiser, einen Sanitäts-Unteroffizier König, einen Sanitäts-Soldaten Fürst, eine Maschinenreiberin Graf und einen Patienten Edelmann; das mit ihm vereinigte Lazarett „Lehrerseminar“ hat einen Patienten Herzog. Gewiß eine illustre Gesellschaft — und das alles im Zeitalter der Revolution!

Ein neues Weltflugzeug. Die Siemens-Schudert-Werke in Berlin haben soeben das bisher größte Flugzeug der Welt, das sogenannte Amerika-Flugzeug, vollendet. Das Flugzeug ist konstruiert von Obergeringen Sarab Wolff und wird in den nächsten Tagen auf dem Döberitzer Flugfeld seine ersten Versuche machen. Es ist mit sechs Motoren von insgesamt 1800 Pferdekraften ausgestattet. Im Bau befindet sich bereits ein neues Flugzeug mit einem Motor von insgesamt 2600 Pferdestärken. Die Motoren treiben vier Propeller. Sie arbeiten nicht direkt auf die Motoren. Die Propeller sind außen, links und rechts vom Flugzeugkörper, zwischen den Tragdecken angebracht und werden durch eine Wellenübertragung von den Motoren angetrieben, die ermöglicht, alle sechs Motoren untereinander, immer drei und drei hintereinander, und beide Gruppen miteinander zu kuppeln, das heißt, wenn einer oder zwei der Motoren versagen oder ausfallen, so bleibt doch keiner der Propeller stehen. Die vier oder fünf Motoren, die weiter arbeiten, treiben sie weiter mit entsprechend verminderter Pferdekraft. Der Flug ist dann also nur verlangsamt und nicht unterbrochen. Die Sicherung gegen eine Flugkatastrophe infolge Versagens der Motoren ist hier aufs außerordentlichste gesteigert.

Auslieferung der Zigaretten. Der Haß, den die Franzosen gegen uns hegen, nimmt oft seltsame Formen an. In der neuesten Ausgabe des „Figaro“ wird ein Inserat aus einer Frankfurter Zeitung wiedergegeben, wonach jemand drei Waggons Kohlen gegen eine entsprechende Menge von Zigaretten zu tauschen sucht. „Was, sie haben noch Zigaretten!“ entrüstet sich der „Figaro“ und schlägt allen Ernstes vor, bei der nächsten Waffenstillstandsverhandlung die Auslieferung sämtlicher noch in Deutschland befindlicher Zigarettenbestände zu fordern.

Die Dame mit den Kriegsauszeichnungen. In England ist gegenwärtig viel die Rede von einer Mrs. Silba Wynne, die wohl die meistdekorierte Frau der Welt genannt werden muß. Die noch sehr junge Dame trat zuerst Dienst in einem Lazarett des Roten Kreuzes hinter den Geächteten. Ihrem Latendruck genügte dies jedoch nicht, sie wollte den Krieg auch als Kämpferin mitmachen; und eines Tages verließ sie das Lazarett, zog eine Uniform an und folgte einem schottischen Regiment, das durch das kanarische Städtchen kam. Über drei Jahre kämpfte Mrs. Wynne mit den Truppen und wurde zweimal so schwer verwundet, daß man an ihrem Auskommen zweifelte. Sie erhielt unter anderen Ordensauszeichnungen eine Tapferkeitsmedaille, das Kreuz der französischen Ehrenlegion, ein belgisches Tapferkeitskreuz und einen russischen Orden. Auch als Fliegerin vor dem Feind hat sich Mrs. Wynne versucht, flog einmal über die deutschen Stellungen, wurde lebhaft beschossen, landete aber immer glücklich hinter den englischen Linien. Sämtliche Blätter Londons brachten letzter Tage das Bild der modernen Amazone, und das Königspaar empfing sie in einstündiger Audienz und ließ sich von ihr selbst ihre Abenteuer schildern.

Papier aus Indne. Rinde als Material für Zeitungs- und Schreibpapier war Gegenstand von Versuchen im Staatslaboratorium in London. Die Rinde

wurde vorher als Gerbmittel ausgenützt. Jetzt finden die Versuche in den Fabriken in großem Maßstabe statt. Als Material für die Papierherzeugung kommt unter anderem besonders die Magnierinde in Betracht, die in steigendem Maße als Gerbmateriale von Natal nach England eingeführt wird.

Die Wasserleitung als Elektrizitätsquelle. In den Gefällen der Wasserleitungen von großen Städten gehen beträchtliche Mengen ungenützter Energien jahraus, jahrein verloren. Im Interesse der Kohlenersparung sowie im Sinne anderer wirtschaftlicher Verhältnisse wird jetzt der beachtenswerte Vorschlag gemacht, dieses bisher unbenutzte Gefälle der städtischen Wasserleitungen mit Hilfe von Turbinen und Dynamomaschinen in elektrische Energie umzusetzen. Dadurch wird die Wasserleitung als Elektrizitätsquelle erschlossen und zur Erzeugung von elektrischem Licht- und Kraftstrom herangezogen.

Nah und Fern.

Das Räuberunwesen in Berlin. Die Unsicherheit in Berlin wächst von Tag zu Tag. Mit den gefährlichsten Plündern sowohl bei Nacht wie am hellen Tage Wohnungen und Geschäftslokale, machen die Landstraßen unsicher und erbeuten riesige Werte. Nur zum kleinsten Teile gelangt es, die Banden zu fassen, die bei weitem meisten entkommen und können sich ihres Raubes in Sicherheit freuen. Man kann ruhig sagen, daß es sich schon um einen offenen Krieg der gefesselten Elemente gegen Leben und Eigentum handelt, und daß außerordentliche Maßregeln notwendig sind, um diesem unerträglichem Zustand ein Ende zu machen.

Lebensmittelschiebungen des Nürnberger ACNats. In Nürnberg ist es zu großen Lebensmittelschiebungen durch Mitglieder des ACNats gekommen. Vier Mitglieder des Vollzugsausschusses, darunter ein Offizier, hatten erklärt, der Soldatenrat Gräfenwört benötigte Lebensmittel im Werte von 79800 Mark. Die Angeklagten haben die Intendantur des 3. bayerischen Armeekorps zur Hergabe von 300 Ritten Vikar, 200 Ritten Schnaps, 13 Sack Zucker, 20000 Zigaretten und 3200 Liter Wein veranlaßt. Waren im Werte von 60000 Mark erhielt davon eine bekannte Nürnberger Firma. Den Gewinn verteilten die vier Vollzugsratsmitglieder unter sich. Die Beteiligten wurden verhaftet, aber wieder freigelassen, worauf sie die gegen sie gerichteten Akten vernichteten.

Wölfe in Öpfrenken. In letzter Zeit sind in den Forsten von Billfallen des östernen Wölfe gefürt worden. Dieser Tage nun wurde von Holzfahrern der Karminföhrerei die Anwesenheit eines Wolfes gemeldet. Auf diese Nachricht hin machte sich der Sohn des Hegemeisters, Söhsjäger Bühlsoff, auf den Weg; er hatte das Glück, den Wolf — es war ein weibliches sehr stattliches Exemplar — bereits nach fünf Minuten im Walde zu stellen und niederzustricken.

Die schwarzen Boden in Baden. Die schwarzen Boden greifen in Baden noch immer zu sich. Es wurden in 4 bis 5 Bezirken etwa 20 bis 25 Fälle festgestellt. In Baden-Baden hat man acht Fälle von echten Boden festgestellt.

Englische Vorschriften für die Universität Bonn. Der Rektor der Universität Bonn gibt in Auftrage der britischen Behörde das Verbot von Messuren mit scharfen Waffen, von Zweikämpfen und des Waffentragens bekannt. Außerdem ist das Tragen der bunten Mützen sowie von jedweden sonstigen studentischen Abzeichen untersagt.

Schweres Unglück beim Schlittschuhlaufen. In Delbert (Rheinprovinz) brach beim Schlittschuhlaufen auf dem Teiche eine Anzahl Schulkinder auf der dünnen Eisedecke ein. Eine herbeigeeilte Frau rettete vier Kinder. Drei Kinder ertranken, desgleichen eine zweite Frau beim Rettungsversuch.

Deutsche Obstbäume für das Somme-Gebiet. Französische und englische Offiziere bestellten bei sächsischen Baumschulbesitzern Obstbäume für das Somme-Gebiet auf deutsche Rechnung, damit die Deutschen die dort zerstörten Obstanlagen wieder ersetzen. So hat ein Baumschulbesitzer 1500 Obstbäume zu liefern. Sachsen und Thüringen sollen zusammen etwa 35000 Obstbäume liefern.

Siegesfeier der Londoner Presse. Die Londoner Journalistenvereinigung hat eine Siegesfeier veranstaltet. Unter anderem wurden Autogramme von Foch und Clemenceau zu wohlthätigen Zwecken verkauft. Foch schrieb: „Die Vereinigung unserer Länder hat uns den Sieg gebracht. Eine noch engere Verbindung wird die herrliche Größe Englands und Frankreichs sichern.“ Clemenceaus Widmung umfaßt nur die Worte: „Ein Hoch für Frankreich und England.“ Außer diesen Autogrammen wurden auch die „14 Punkte Wilsons“ und verschiedene andere historische Erinnerungen verkauft.

Welt- und Volkswirtschaft.

Unsere Landwirtschaft in Gefahr!

Die Hauptversammlung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft hat in einem Telegramm an die Deutsche Nationalversammlung und an die Reichsregierung auf die Gefahr hingewiesen, die für die deutsche Volksernährung, insbesondere die Versorgung der Arbeiterbevölkerung, dadurch entsteht, daß die inländische Erzeugung von Stickstoff-Düngemitteln infolge ungenügender Arbeitsleistung zurzeit fast ganz stockt. In dem Telegramm heißt es: Der Mangel an Stickstoff bedroht die landwirtschaftliche Produktion derart, daß ein Rückgang der Bodenerträge um 50 % und damit eine Hungersnot im nächsten Jahre unausbleiblich ist, falls nicht im Laufe der nächsten Wochen bis zur Frühjahrsbestellung hinreichende Stickstoffmengen zur Verfügung gestellt werden. Die deutsche Landwirtschaft muß für diesen Fall jede Verantwortung für die drohende Katastrophe ablehnen.

Beislagnahmen und Höchstpreise. Das Demobilisationsamt weist darauf hin, daß die Aufhebung von Beislagnahmen die Höchstpreise für die betreffenden Gegenstände unberührt läßt, und fordert die Demobilisationsauschüsse auf, die Beobachtung der Höchstpreise strengstens durchzuführen.

Holländische Fische für Deutschland. Wie das holländische Fachblatt „Bijzherij Courant“ erfährt, wird die Ausfuhr von Seringen seitens der niederländischen Regierung binnen kurzem gestattet werden. Ferner haben die Heeder der Dmuidener Fischdampfer einstimmig beschlossen, monatlich 417000 Kilogramm Nordsee- und Zunderfisch nach Deutschland auszuführen.